

# SO!

Soziale Ordnung


Magazin für Politik, Wirtschaft und Gesellschaft

4. Ausgabe 2006

59. Jahrgang  
ISSN 1432-9689



**Die CDA ist 60!**  
Und die CDU mit uns an der Spitze in Deutschland.  
Heute wie damals...

A close-up, side-profile view of a person's ear and the back of their head. The person has short, dark hair and is wearing a light blue collared shirt. The background is a soft, out-of-focus blue and white gradient.

**Die beste  
Verbindung zu  
unseren Kunden.**

**Warum wir wissen, was unsere Kunden  
wirklich brauchen? Weil wir zuhören.**

Denn nur wer seinen Kunden aufmerksam zuhört, kann ihre Bedürfnisse erkennen, die richtigen Fragen stellen und maßgeschneiderte Lösungen finden. Überzeugen Sie sich selbst: (0180) 3 330 330 oder unter [www.signal-iduna.de](http://www.signal-iduna.de)

**SIGNALIDUNA. Genau das, was ich brauche.**

**SIGNAL IDUNA**  
Versicherungen und Finanzen





Festschrift





## Eine gesundheitspolitische Herausforderung

Die Kosten unserer Sozial- und Gesundheitssysteme steigen ständig, das Lebensalter der Menschen wächst. Diese Entwicklungen machen Korrekturen in der Sozialpolitik erforderlich. Doch die Reformkonzepte vermitteln vielen Betroffenen Unsicherheit und Misstrauen, insbesondere die anstehende Gesundheitsreform beunruhigt.

### Wir sagen:

Verunsicherung muss nicht sein! Mit unserer **kapitalgedeckten Finanzierung** bauen wir auf ein demographiefestes System, das auch den nachfolgenden Generationen die nötige Luft zum Atmen lässt. Die Privaten bilden **Alterungsrückstellungen**, die den Versicherten im Alter zugute kommen.

Die Privatpatienten stärken das Gesundheitssystem, indem sie für viele Leistungen höhere Preise und Arzthonorare zahlen. Dadurch können jedes Jahr mehrere Milliarden Euro zusätzlich in fortschrittliche Behandlungsmethoden und moderne Geräte investiert werden.

Die PKV sichert langfristig die Finanzierbarkeit des Gesundheitssystems, indem sie **Wettbewerb und Wahlfreiheit** stärkt.

### Und wussten Sie schon:

Bis zu 50.000 Arbeitsplätze in der PKV-Branche könnten durch die aktuelle Diskussion um die Reform des dualen Gesundheitssystems gefährdet sein.

**Kämpfen Sie gemeinsam mit uns für den Erhalt eines der besten Gesundheitssysteme der Welt!**

**Barmenia Versicherungen**  
Abt. Presse- und Öffentlichkeitsarbeit  
Kronprinzenallee 12-18  
42094 Wuppertal

[www.barmenia.de](http://www.barmenia.de)  
E-Mail: [presse@barmenia.de](mailto:presse@barmenia.de)

**Barmenia**  
Versicherungen

## Über Verantwortung und Fortschritt

Über 100 Jahre Tradition, attraktive und innovative Produkte und kompetenter Service haben uns zu dem gemacht, was wir heute sind: eine der großen unabhängigen Versicherungsgruppen Deutschlands. Mehr als 3.500 Mitarbeiter verwalten über 1,6 Millionen Verträge und ein Beitragsaufkommen von 1.353 Millionen Euro (Stand: 31.12.2005).

Wir haben uns zum Ziel gesetzt, die bisher verlässlichen Rahmenbedingungen für das Wohlergehen unserer Versicherten zu erhalten und zu stärken. Wir sehen uns als wichtige Stütze eines dualen Gesundheitssystems, dessen Vorzüge es zu optimieren gilt.

Familien, Privatkunden, Gewerbetreibende, Selbstständige und Freiberufler begleiten wir mit Zuverlässigkeit durch alle Lebenslagen und begeistern durch erlebbaren Service und leistungsstarke Versicherungsprodukte.

Besonderes Augenmerk legen wir auf unsere Krankenversicherung. Ob Vollversicherungen oder Ergänzungstarife zur gesetzlichen Krankenversicherung: Die Barmenia zählt hier zu den besten Anbietern des Marktes. Im Tarif VCN stehen Schulmedizin und Naturheilkunde gleichberechtigt nebeneinander. Es ist der umfassendste private Krankenversicherungsschutz, mit dem unseren Kunden beide Therapiewege offen stehen.

Übrigens: Bei diesem Tarif investieren wir in renditeorientierte ökologische Kapitalanlagen!

## 60 Jahre CDA - Gedanken zum Jubiläum von Freunden

Geschichte und Geschichten: Die Historie der Christlich-Demokratischen Arbeitnehmerschaft ist voll von beidem. Vom Büro Albers in Köln bis zum heutigen Sitz der Haupt-

geschäftsstelle im Osten von Berlin haben wir einen weiten Weg zurückgelegt. Viele Menschen haben uns begleitet – dafür möchten wir mit dieser Festschrift Dank sagen.

	<b>Karl-Josef Laumann</b> Die Würde des Menschen ist unantastbar	S.2		<b>Peter Heesen</b> Die CDA hat Großes geleistet	S.21
	<b>Dr. Angela Merkel</b> Die CDA ist Impulsgeber für die Union	S.4		<b>Elmar Brok</b> Globalisierung gestalten – Europa als sozialer Akteur	S.22
	<b>Martin Kamp</b> 60 gute Gründe, warum wir auch heute und morgen eine starke CDA brauchen...	S.6		<b>Ingrid Sehrbrock</b> 60 Jahre CDA – ein persönlicher Rückblick auf 30 Jahre	S.24
	<b>Gerald Weiß</b> Soziale Kapitalpartnerschaft: Eine Idee setzt sich durch	S.8		<b>Werner Schreiber</b> Stiftung Christlich-Soziale Politik e.V.	S.27
	<b>Die Geschichte der CDA</b> Die Arbeitnehmerschaft – ein Grundpfeiler der Volkspartei CDU	S.10		<b>Dr. Ulf Fink</b> Ein neuer Generationenvertrag	S.28
	<b>Rainer Eppelmann</b> Wir sind das Volk – auch heute	S.14		<b>Hermann-Josef Arentz</b> Sozialpolitik – Das Tafelsilber der Union	S.29
	<b>Dr. Horst Seehofer</b> Eine zukunftsorientierte Sozialpolitik braucht christliche Maßstäbe	S.16		<b>Wolfgang Vogt</b> Geschichte wiederholt sich nicht, Geschichten schon	S.30
	<b>Prof. Dr. Maria Böhmer</b> Frauenleben sind vielfältig, Frauenrenten leider nicht	S.17		<b>Dr. Heiner Geißler</b> Die CDA braucht Mut	S.31
	<b>Michael Sommer</b> Menschenwürdige Arbeit	S.19		<b>Dr. Norbert Blüm</b> CDA-Standortbestimmung	S.32
	<b>Matthäus Strebl</b> Herausforderungen annehmen	S.20		<b>Josef Zolk</b> 60 Jahre Sozialausschüsse der CDU – Der Mensch im Mittelpunkt	S.40
				<b>Sonderteil: CDA-Mitglieder in den Ämtern</b>	S.41



Minister für Gesundheit, Arbeit und Soziales in NRW, CDA-Bundesvorsitzender, MdL.

Warum muss es in Deutschland eigentlich eine CDA geben? Was können wir tun, damit es uns auch noch in zehn, fünfzehn oder zwanzig Jahren gibt? Ich weiß, dass die Situation in den Regionen Deutschlands sehr unterschiedlich ist. Im nordrhein-westfälischen Landtag sind von 89 Landtagsabgeordneten 41 Mitglieder der CDA – nicht überall sind wir so aufgestellt, wie in dem Land, in dem ich Arbeits- und Sozialminister bin.

Ein Viertel der Bundestagsfraktion sind Mitglieder der Arbeitnehmergruppe, darunter die Kanzlerin Dr. Angela Merkel und viele andere Regierungsmitglieder. Vor allem in der Hauptstadt Berlin wird sichtbar, warum es eine CDA geben muss. Die

## Die Würde des Menschen ist unantastbar

CDU ist ohne uns keine Volkspartei mehr. Und die CDU braucht uns, um Volkspartei zu bleiben.

Ich bin in einer Gemeinde im Münsterland auf einem Bauernhof groß geworden. Das ist die Region in Deutschland, wo vor der Erfindung des Kunstdüngers die Kaninchen in die Knie gehen mussten, um satt zu werden. Ich habe erlebt, wie es ist, sehr bescheiden groß zu werden. Natürlich wollten meine katholischen Eltern, dass ich Ministrant werde und die katholische Lehre zu meinen Lebensregeln wird. Der Kirchengang gehört auch heute zu meinem Leben, ist für mich Besinnung und Aufforderung zugleich.

Gelernt habe ich Maschinenschlosser, und was lag näher als in die Christlich-Demokratische Arbeitnehmerschaft einzutreten? Nächstes Jahr bin ich 30 Jahre Mitglied und seit fast einem Jahr Vorsitzender der CDA. Nach den Worten eines meiner Vorgänger – Norbert Blüm – das schönste Amt der Welt.

Wir wollen Politik aus dem Menschenbild der christlichen Soziallehre heraus entwickeln und gestalten, das ist der Grundsatz der CDA. Die christliche Soziallehre ist meiner Überzeugung nach das gelungenste Gesellschaftskonzept, das die Menschheit bis heute erdacht hat. Ich denke sehr oft an 1990, die Wiedervereinigung und den Zusammenbruch des Kommunismus. Nicht der Kapitalismus

hat den Kommunismus besiegt. Lech Wałęsa, ein großer Christlich-Sozialer in Polen, und der verstorbene Papst Johannes Paul II. haben mehr für die Beseitigung des Kommunismus getan als der Kapitalismus. Und würde Lech Wałęsa heute in Deutschland leben, so wäre er Mitglied der CDA. Deshalb dürfen wir, nachdem vor allem die Christlich-Sozialen es geschafft haben, all diese Ideologien zu überwinden, nicht in einen Neoliberalismus zurückfallen. Jahrzehntlang hat die Angst vor dem Kommunismus den Kapitalismus gezähmt. Jetzt scheint er völlig entfesselt die Welt erobern zu wollen, Firmen werden zerschlagen und deren profitable Stücke meistbietend an der Börse verhöckert, die dritte Welt wird immer mehr ausgebeutet und die Schwellenländer schlagen zurück mit der größten Macht, die sie haben, den menschlichen Ressourcen. Während die Angst vor dem Kommunismus vieles verhinderte, scheint unter dem Schlagwort Globalisierung alles erlaubt.

Die Zeichen der Zeit werden heute auch in der CDU sehr unterschiedlich interpretiert. Während einige meinten, dass nur das freie Spiel der Kräfte in der Marktwirtschaft die Probleme unserer Gesellschaft lösen kann, und dies über Monate landauf-landab vor der Bundestagswahl verkauften, mussten sie im letzten September die bittere Quittung in Empfang nehmen. Die bereits im Vorfeld verteilten Plätze auf der Regie-

rungsbank nehmen heute andere ein. Die CDA hat davor gewarnt: Wir sind der Meinung, dass immer der Mensch im Mittelpunkt stehen muss. Dies ist auch im deutschen Grundgesetz verankert. In Artikel 1 heißt es: Die Würde des Menschen ist unantastbar. Die christliche Soziallehre lässt sich in eben diesen wenigen Worten zusammenfassen: Die gläubigen Menschen unter uns begründen dies auch damit, dass der Mensch ein Ebenbild Gottes ist.

Wenn wir Christlich-Sozialen dies in reale Politik umsetzen, dann bedeutet dies für mich, dass Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer auch ein Recht auf Planbarkeit ihres Lebens haben. Und dazu gehört, dass der Kündigungsschutz in seinen Kernbereichen nicht veränderbar ist. Es muss einen Schutz vor willkürlichen Kündigungen geben. Als ich 28 Jahre alt war und Schlosser und überhaupt gar nicht daran denken konnte, dass ich einmal in den Bundestag komme, haben meine Frau und ich uns für Kinder entschieden, weil wir der Meinung waren, dass mein Job sicher ist. Heute sind solche Bewertungen nichtig.

Fast alle Länder dieser Erde und auch die Verfassung unseres Landes schreiben die Koalitionsfreiheit oder Tarifautonomie fest. Tariffreiheit ist ein hohes Gut und verfassungsrechtlich geschützt. Doch es wird immer mehr ausgehöhlt. In den neuen Ländern gibt es kaum noch Tarifgebundenheit, weil die Arbeitgeber nicht organisiert sind. Die Diskussion über Flexibilität ist vollkommen unehrlich. Denn vor Ort wird vieles flexibel gehandhabt, aber niemand spricht darüber. Würde über diese Veränderungen, die alle

schon in Deutschland stattfinden, offen in der Gesellschaft berichtet und diskutiert, bin ich der festen Überzeugung, hätten wir keine derartige Debatte über die Frage der Tarifautonomie. Denn Lohndumping, Löhne, von denen man beim besten Willen nicht leben kann, sind mit der Würde des Menschen unvereinbar.

Unvereinbar sind sie aber auch mit einer zukunftsgerichteten Familienpolitik. Wie sollen sich junge Menschen für Kinder entscheiden, wenn sie nicht einmal wissen, ob sie von ihrem Einkommen leben können? Wie viel sie künftig für die Gesundheit und die Vorsorge für das Alter aufbringen müssen? Ein zu teures Auto kann man wieder verkaufen, aber Kinder sind eine Entscheidung fürs Leben und deshalb ist Planbarkeit so wichtig. Wir dürfen den Arbeitnehmerinnen nicht auf der einen Seite mit finanziellen Hilfen direkt nach der Geburt die Entscheidung für das Kind leichter machen, sie aber dann allein lassen, weil es keine Betreuungsangebote gibt und sie ihren Beruf aufgeben müssen.

Die Würde des Menschen ist unantastbar. Dies wird auch an der Mitbestimmung deutlich. Wir Christlich-Sozialen sind in der Geschichte dieses Landes Vater und Mutter der Mitbestimmung. Die Sozialisten wollten in der Weimarer Republik Arbeiterräte wählen. Lange lehnten die Sozialisten ein Mitbestimmungs- und Betriebsverfassungsgesetz ab. Soziale Partnerschaft heißt für uns: Dass der Arbeitnehmer eben nicht nur Arbeitnehmer ist, sondern seine Arbeitswelt mitgestalten soll und damit einen Großteil der Zeit als Mensch bewusst lebt. Die Arbeits-

bedingungen sind ein Großteil unseres Lebens und daran muss man mitwirken und mitbestimmen können. Und deswegen stehen das Betriebsverfassungsgesetz und das Mitbestimmungsgesetz nicht zur Diskussion.

Wir in der CDA müssen Hüterin der Idee des Christlich-Sozialen sein. Die Idee ist so gut und immer noch so attraktiv, dass es eine Chance gibt, die Menschen dafür zu gewinnen. Unser Nachwuchs kam früher aus dem christlichen Bereich. Aber immer weniger Menschen binden sich, weder an Kirchen noch an Parteien oder Gewerkschaften. Dies ist unser Auftrag: Die Menschen für uns, die CDA, zu gewinnen – durch ein persönliches Gespräch oder mit modernen Kommunikationsmitteln. Die Idee der Christlich-Demokratischen Arbeitnehmerschaft muss weiter getragen werden. ■



*Seit Beginn seiner politischen Arbeit im Bundestag 1990 kämpft Karl-Josef Laumann für soziale Gerechtigkeit in Deutschland.*



*Bundeskanzlerin, Bundesvorsitzende der Christlich Demokratischen Union, MdB.*

Liebe Freunde der Christlich-Demokratischen Arbeitnehmerschaft,

zum 60-jährigen Jubiläum der CDA gratuliere ich von Herzen und übermittle Ihnen die Grüße der CDU Deutschlands.

Schon immer war die CDA wichtiger Impulsgeber für die gesamte Christlich Demokratische Union: Als Johannes Albers Ende 1945 mit dem Aufbau der Sozialausschüsse begann, entwickelte sich sein Kölner Büro schnell zu einer Koordinationsstelle auch für die Gründung der CDU. Viele christliche Gewerkschafter, die 1946

## Die CDA ist Impulsgeber für die Union

im Kolpinghaus in Herne die CDA ins Leben riefen, waren im selben Jahr auch Mitbegründer der CDU in der britischen Besatzungszone. So hatte die CDA schon früh großen Einfluss auf die Programmatik der CDU. Das Ahlener Programm von 1947 ist dafür mit seinem Eintreten für eine Wirtschaftsordnung, in der der Mensch im Mittelpunkt wirtschaftlichen Handelns steht, genauso ein Beispiel wie die Düsseldorfer Leitsätze von 1949, in denen sich die CDU zur Sozialen Marktwirtschaft als Dritten Weg zwischen Sozialismus und Kapitalismus bekannte.

Im Laufe der Jahre, in denen die Union politische Verantwortung trug, sind den Sozialausschüssen zahlreiche wichtige sozialpolitische Weichenstellungen in der Bundesrepublik zu verdanken: Von der Mitbestimmung über den Mutterschutz, das Kindergeld, die Lohnfortzahlung im Krankheitsfall und das Berufsbildungsgesetz bis hin zum Erziehungsgeld und zur Pflegeversicherung als fünfte Säule der Sozialversicherung. Namen einflussreicher Politiker der Sozialausschüsse wie Jakob Kaiser, Johannes Albers, Hans Katzer oder Norbert Blüm sind untrennbar mit der Geschichte der CDU und der Bundesrepublik verbunden.

Auch heute gibt die CDA wichtige Anstöße für die Arbeit der CDU als Partei und in der Regierung. Zu nennen ist die enge Einbeziehung der CDA in die Entwicklung der Gesund-

heitsreform der Großen Koalition. Zu nennen ist die CDU-Arbeitsgruppe zur Erarbeitung eines Konzepts zur Kapitalbeteiligung unter Leitung von Karl-Josef Laumann. Und zu nennen ist der wichtige Beitrag, den die CDA bei der Erneuerung unseres Grundsatzzprogramms leisten wird.

Keine politische Kraft in Deutschland ist von ihren Werten und von ihrem Selbstverständnis her so gut gerüstet wie die CDU, um die heutigen Herausforderungen zu bewältigen. Globalisierung, technologische Revolutionen und der demografische Wandel verändern unsere Gesellschaft in einem beispiellosen Tempo.

Wir wissen aber auch: Diese Veränderungen erfordern neue Antworten. Unsere Grundwerte Freiheit, Solidarität und Gerechtigkeit gelten fort. Das christliche Menschenbild ist die ethische Grundlage unserer Politik. Daraus leiten wir unser Bild eines selbstbestimmten Menschen mit eigener Würde genauso ab wie die Gewissheit, dass jeder Mensch irren kann und nicht die letzte Instanz ist.

Unser christliches Verständnis vom Menschen ist die Basis für die Stärke der CDU als Volkspartei. Auf dieser Basis können wir auch „unterschiedliche Standpunkte durch gemeinsame Werte und Ziele verbinden“, wie es schon im Ludwigshafener Programm von 1978 heißt. Unsere Gründerväter haben das als Erste verstanden: Die



CDU war Volkspartei, als andere noch vom Klassenkampf sprachen. Sie war Volkspartei, als andere noch reine Klientelpolitik betrieben haben. Die CDU war nie die Partei einer bestimmten gesellschaftlichen Schicht, sie war – wie es ihr Name bis heute treffend ausdrückt – von Anfang an im Bewusstsein christlicher Verantwortung eine Union für ganz Deutschland.

Nicht ideologische Konstrukte für die Gesellschaft – Staatsgläubigkeit und Kollektivismus – sind die geistige Grundlage der CDU, sondern das christliche Verständnis vom Menschen, das den Einzelnen in seiner Einzigartigkeit und seinem ganzen

Potential an Entfaltungsmöglichkeiten in den Mittelpunkt stellt. Und daran, dass das so ist, haben die Sozialausschüsse einen wesentlichen Anteil.

Die Orientierung an unserem Menschenbild macht christdemokratische Politik nicht nur verlässlich, sondern auch erfolgreich. Mit Zuversicht und Einsatzfreude werden wir in der Regierungsverantwortung daran arbeiten, dass unser Land wieder dahin kommt, wohin es unserer Meinung nach gehört: in die Spitzengruppe der weltweit erfolgreichsten Nationen.

Wir arbeiten also weiter an der Zukunft. Das haben wir mit unseren

Gründervätern gemein. In diesem Sinne danke ich allen Mitgliedern der CDA für ihre Arbeit und wünsche den Sozialausschüssen weiterhin viel Erfolg und gute Ideen für die gemeinsame politische Arbeit.

Mit freundlichen Grüßen



Dr. Angela Merkel



## Rund um die Uhr nach Skandinavien und ins Baltikum

Mehrere Hundert Mal am Tag nehmen die komfortablen Fährschiffe der Scandlines-Flotte Kurs auf Skandinavien und die Baltischen Länder. Gleichgültig, wann und wo Sie Ihren Urlaub verbringen wollen - wir bringen Sie immer entspannt über die Ostsee. Jeden Tag, jede Stunde. Reisen Sie mit Scandlines so flexibel wie auf einer Autobahn - nur viel schöner. Und genießen Sie die Pause auf See. Willkommen an Bord!



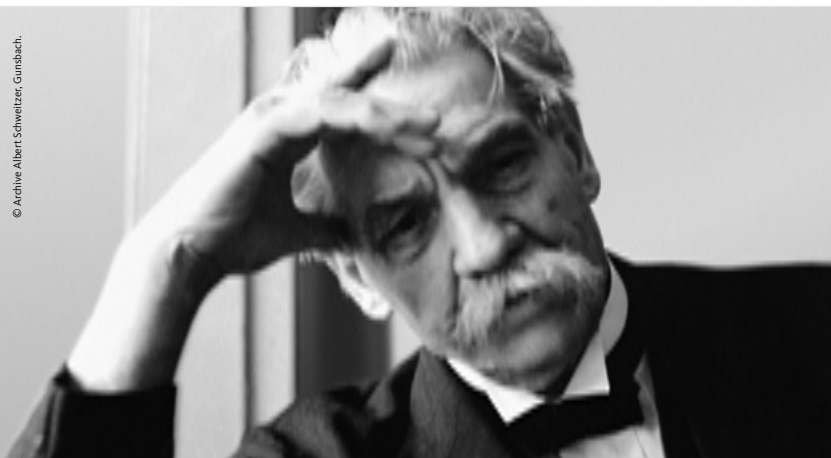


Hauptgeschäftsführer der Christlich-Demokratischen Arbeitnehmerschaft.

## 60 gute Gründe, warum wir auch heute und morgen eine starke CDA brauchen...

1. weil Deutschland auch in Zukunft organisierte Christlich-Soziale braucht.
2. weil die CDU ohne uns keine Volkspartei wäre.
3. weil der DGB ohne uns zu rot wäre.
4. weil Arbeitnehmer verbrieft Rechte brauchen.
5. weil knapp 5 Millionen Arbeitslose Teilhabechancen erwarten.
6. weil es endlich einen Durchbruch beim Miteigentum von Arbeitnehmern geben muss.
7. weil der Berliner Republik eine Portion rheinischer Kapitalismus ganz gut bekommt.
8. weil Mitbestimmung und Tarifautonomie keine alten Hüte sind.
9. weil Klassenkampf ausgedient hat.
10. weil Turbo-Kapitalismus keine Zukunft hat.
11. weil die Gewerkschaften ohne CDA'lerinnen zu wenige starke Frauen hätten.
12. weil Menschenwürde wichtiger als Shareholder-Value ist.
13. weil unsere neu gestaltete Mitgliederzeitschrift „Soziale Ordnung“ SO! beliebt ist.
14. weil man sich bei uns die Meinung schon immer unverBLÜMt gesagt hat.
15. weil Solidarność den Eisernen Vorhang zum Einsturz gebracht hat und das die Kraft des Christlich-Sozialen beweist.
16. weil Rosinenpickerei etwas für die Freunde von Trockenfrüchten ist, in der solidarischen Krankenversicherung aber nichts zu suchen hat.
17. weil wir die Pflegeversicherung eingeführt haben und sie jetzt zukunfts-fest machen wollen.
18. weil Dumpinglöhne sittlich nicht zu verantworten sind.
19. weil der Arbeitnehmergruppe der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, unserer parlamentarischen Speerspitze, auch die Bundeskanzlerin angehört.
20. weil wir das sozialromantische Feld anderen überlassen.
21. weil wir u.a. den Arbeitsminister in NRW, den sozialpolitischen Sprecher in der Bundestagsfraktion und den Vorsitzenden des Bundestagssozialausschusses stellen.
22. weil für uns echte Integration ein Herzensanliegen ist – und eine CDA-Kollegin Integrationsbeauftragte der Bundesregierung ist.
23. weil unsere neue Homepage [www.cda-bund.de](http://www.cda-bund.de) aus eingefleischten Computermuffeln wahre PC-Freaks macht.
24. weil wir Familien mit Kindern nicht nur wegen der Rente fördern wollen, sondern weil Kinder Spaß machen.
25. weil Sozialpartnerschaft sich auch für die deutschen Unternehmen rechnet und auszahlt.
26. weil man es bei uns genießen kann, nicht Genosse genannt zu werden.
27. weil unsere Betriebs- und Personalräte engagiert die Interessen der Kolleginnen und Kollegen vertreten.
28. weil wir auch in Zukunft Altersarmut verhindern müssen.
29. weil wir die Würde des Menschen in allen Phasen des Lebens achten – vom Beginn bis zu seinem Ende.
30. weil die Sozis immer noch zu kollektivistisch denken.
31. weil die FDP so individualistisch wie nie zuvor denkt und mit ihrer Politik weit weg vom Bürger ist.

32. weil der bayerischen CSA ohne uns die Schwesterorganisation im Rest der Republik fehlte.
33. weil nicht nur Lebensalter, sondern auch Lebensleistung über den Renteneintritt entscheiden soll und wir deshalb die abschlagfreie Rente nach 45 Beitragsjahren durchgesetzt haben.
34. weil „wir Papst sind“ und die katholische Soziallehre hochmodern ist.
35. weil die protestantische Sozialethik nicht weniger aktuell ist.
36. weil wir die einzige parteinahe Organisation sind, die die christliche Sozialethik in die Politik trägt.
37. weil nicht alle BILD-Schlagzeilen so originell sind wie die zur Papstwahl – siehe Rente.
38. weil die Mittelstandsvereinigung der CDU/CSU (MIT) einen Counterpart benötigt.
39. weil wir neben der MIT, die in diesem Jahr erst 50 wird, noch lange nicht alt aussehen.
40. weil Arbeit Vorrang vor dem Kapital haben muss.
41. weil wir familiengerechte Unternehmen und nicht unternehmensgerechte Familien wollen.
42. weil der DAX für uns nicht der entscheidende Maßstab für Wohlstand ist.
43. weil KAB, Kolping und Evangelische Arbeitnehmer einen Ansprechpartner in der Politik brauchen.
44. weil wir bei „Marx aus Trier“ zunächst an Bischof Reinhard und erst dann an Karl denken.
45. weil Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität zusammengehören.
46. weil wir zwar schon manches Mal Schwein gehabt haben, aber nicht täglich eine neue politische Sau durchs Dorf treiben.
47. weil wir ein eigenes Leistungsgesetz für Behinderte wollen.
48. weil unseren E-mail-Newsletter auch viele Nicht-CDA-Mitglieder abonniert haben.
49. weil Firmen, die ihre Mitarbeiter an Kapital und Gewinnen beteiligen, erfolgreicher sind – und wir dieses unterstützen.
50. weil „hire and fire“ von vorgestern ist.
51. weil wir in Menschenrechtsfragen auf keinem Auge blind sind.
52. weil die Förderung des lebenslangen Lernen für uns eine Lehr- aber keine Leerformel ist.
53. weil es uns auch auf europäischer Ebene gibt – als EUCCA mit wichtigen Politikern im EU-Parlament.
54. weil sich die Soziale Frage immer wieder neu stellt.
55. weil die Generation P echte Zukunftschancen statt unbezahlter Praktika und bloßer Gelegenheitsjobs will.
56. weil wir besser als andere wissen, dass das, was verteilt wird, erst erwirtschaftet werden muss.
57. weil die CDA mal „Sozialausschüsse“ hieß – und wer mag, sie auch heute noch so nennen darf.
58. weil wir auch kleinen Gewerkschaften Gehör schenken.
59. weil bei uns die Basis über das Motto auf Bundestagungen entscheidet.
60. weil wir auch da nicht zu Monarchisten geworden sind, als wir einen Kaiser als Vorsitzenden hatten. ■



## Um ernste Krankheiten besser heilen zu können, entwickelte der Mediziner Albert Schweitzer eine völlig neue Methode: das Orgelspielen.

*Manchmal muss man für die Gesundheit ungewöhnliche Wege gehen. Schweitzer sammelte durch weltweite Konzertauftritte Geld, um seine Patienten im afrikanischen Lambarene optimal versorgen zu können. Auch die DKV denkt innovativ, um Menschen bestmöglich zu betreuen.*

Mit „Best Care“ wird Versicherten im Falle spezieller, insbesondere ernster Diagnosen innerhalb weniger Tage ein Behandlungsplatz bei einem renommierten Experten in Deutschland vermittelt.

In Zukunft möchten wir noch viel mehr erreichen, um medizinische Versorgung besser und effektiver zu machen – wir haben diesem Ziel einen Namen gegeben: **Das Unternehmen Gesundheit!**<sup>®</sup>

**DKV**  
Deutsche Krankenversicherung



Vorsitzender der CDU/CSU-Arbeitnehmergruppe, erster stellvertretender Bundesvorsitzender der CDA, MdB.

Christlich-Soziale wissen schon immer, wie wichtig vor allem drei Quellen für die Autonomie des Menschen sind: Familie, Arbeit und – Eigentum. Stets waren sie bemüht, das Tor für Vermögensbildung in Arbeitnehmerhand weiter zu öffnen. Dabei spielte die Beteiligung der Arbeitnehmer am Kapital und am Erfolg der Unternehmen eine herausragende Rolle. CDA und CSA waren hierbei Motor in der Union. Die Union hat in unserer Nachkriegsgeschichte für die Vermögensbildung Bedeutendes geleistet.

Dennoch: Die Kapital- und Erfolgsbeteiligung der Arbeitnehmer hat in Deutschland noch nicht den Durchbruch geschafft. Im internationalen Vergleich liegen die entsprechenden Beteiligungsquoten unter „ferner liegen“. Dies hat damit zu tun, dass auf der Arbeitnehmer- wie auf der

## Soziale Kapitalpartnerschaft: Eine Idee setzt sich durch

Arbeitgeberseite das Thema in seiner gesellschaftspolitischen Bedeutung erst im Laufe der Zeit erkannt wurde. Vieles spricht dafür, dass die Mitarbeiterbeteiligung jetzt ihre Zeit hat und an Breite gewinnt.

Im Sinne einer Ausdifferenzierung ermöglicht sie mehr Flexibilität in der Tarifpolitik (Geldlohn, Erfolgslohn und Kapitallohn). Sie ist ein Mittel, der wachsenden Ungleichheit der Einkommens- und der Vermögensentwicklung zu begegnen. Sie eröffnet einen weiteren Weg zur zusätzlichen kapitalgedeckten Altersversorgung. Sie befördert Produktivität und Motivation im Unternehmen. In der Form der Kapitalbeteiligung kann sie die Eigentumsstruktur stabilisieren und eine längerfristig angelegte Unternehmensentwicklung zu Lasten des einseitigen und kurzfristigen Renditedenkens herbeiführen. Somit kann sie zur Sicherung von Arbeitsplätzen in Deutschland beitragen.

Der Staat muss die Rahmenbedingungen für die Mitarbeiterbeteiligung verbessern. Dies zu fördern, ist eine der wichtigsten strategischen Aufgaben von CDA und CSA. Die Formen der staatlich geförderten kapitalgedeckten zusätzlichen Altersvorsorge (Riester, Rürup) müssen nicht nur um die Alternative „Eigenheim“, sondern um die Alternative „langfristige und gesicherte Mitarbeiterbeteiligung“ ergänzt werden. Wir schlagen zwei Fliegen mit einer Klappe: Mehr Alters-

sicherheit und mehr Teilhabe für die Arbeitnehmer!

Dazu gehört, dass der Paragraph 11 Einkommensteuergesetz in dem Sinne klargestellt werden muss, dass die Mitarbeiterbeteiligung nachgelagert zu besteuern ist, das heißt, nicht in der Vermögensbildungsphase. Darüber hinaus muss der Paragraph 3 Einkommensteuergesetz so gestaltet werden, dass er die Umwandlung der Mitarbeiterbeteiligung in eine betriebliche Altersvorsorge leicht ermöglicht. Auch den Paragraphen 19a Einkommensteuergesetz müssen wir neu fassen: Ein Verzicht des Arbeitnehmers auf bestimmte Sondervergütungen sollte dann steuerfrei möglich sein, wenn ihm von Seiten des Arbeitgebers in gleicher Höhe eine Mitarbeiterbeteiligung eingeräumt wird. Keiner darf gezwungen werden: Weder der Arbeitnehmer, sich an einem Betrieb zu beteiligen, noch der Arbeitgeber, seine Arbeitnehmer zu Mitunternehmern zu machen. Aber die Rahmenbedingungen müssen dieses Verhalten begünstigen. Und außerdem müssen überbetriebliche Beteiligungsformen für die Arbeitnehmer und Unternehmer bereit stehen, die sich anders entscheiden. Wir, die CDA, müssen durchsetzen, dass Arbeitnehmer im ernstzunehmenden Umfang Miteigentümer am Produktivkapital werden. Hier geht es nicht nur um materielle Dinge. Es geht um Freiheit und Unabhängigkeit – um persönliche Autonomie. ■



## **Herzlichen Glückwunsch**

Die RheinEnergie gratuliert der CDA, Christlich demokratische Arbeitnehmerschaft Deutschlands, zum 60jährigen Bestehen.

Wir freuen uns über langjähriges Engagement und die erreichten Ziele. Für die zukünftige Arbeit wünschen wir weiterhin viel Erfolg.

**Die RheinEnergie AG - ein Unternehmen aus der Region,  
ein Unternehmen für die Region.**

## Die Arbeitnehmerschaft – ein Grundpfeiler der Volkspartei CDU

Als die Sozialausschüsse der Christlich-Demokratischen Arbeitnehmerschaft 1946 im Kolpinghaus in Herne gegründet, Jakob Kaiser ihr erster Vorsitzender und Hans Katzer Hauptgeschäftsführer wurde, war das der Abschluss einer Gründungsphase, die im Juni 1945 begonnen hatte.

Johannes Albers eröffnete damals bereits das „Büro Albers“ auf der Breitenstraße in Köln. Es sollte Anlaufstelle für ehemalige christliche Gewerkschafter sein und entwickelte sich schnell zum Koordinationsbüro für die Gründung der Union im Jahr 1946 in der britischen Besatzungszone. Dieser Umstand zeigt, wie eng CDA und CDU miteinander verwurzelt sind. Es verwundert also auch nicht, dass die Sozialausschüsse der Union

fassenden Sinn, vielmehr liegt seine Bedeutung in der Neuformulierung der wirtschafts-, sozial- und gesellschaftspolitischen Ziele für Deutschland nach dem Krieg. Das Anliegen nach einer humanen Wirtschaftsverfassung prägt den Inhalt.

Die Suche nach einer neuen Antwort auf die wirtschafts- und gesellschaftspolitischen Herausforderungen in Ablehnung der sozialistischen Ordnung einerseits und eines liberalistischen Kapitalismus andererseits steht im Mittelpunkt. So strebt das Ahlener Programm eine Wirtschaftsordnung an, „die die Mängel der Vergangenheit vermeidet und die Möglichkeit zum technischen Fortschritt und zur schöpferischen Initiative des Einzelnen lässt.“ Der Mensch sollte zukünf-

Nicht alle Einzelvorschläge, etwa die Vergemeinschaftung zentraler Industriebereiche und zentrale staatliche Planung, erwiesen sich in der Folge als geeignet. Bis heute jedoch hat das „Konzept einer Wirtschaftsverfassung, die die Würde und die Freiheit des Einzelnen sichert, wirtschaftlichen Konzentrationsprozessen entgegenwirkt und Mechanismen dafür entwickelt, wie Konflikte zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern friedlich beigelegt werden können,“ (Norbert Blüm) Bestand in der Programmatik der CDU. Die Interpretation, das Ahlener Programm sei ein Gesellschaftsentwurf im Sinne eines „christlichen Sozialismus“, wird in späteren Kommentaren häufig verwendet und war zunächst auch beabsichtigt. Im Ahlener Programm jedoch findet sich dieser Begriff nicht.

Der ein Jahr später unternommene Schritt in die Soziale Marktwirtschaft mit Währungsreform und der Freigabe von Preisen und Löhnen zeigte



Jakob Kaiser, 1946 – 1958



Karl Arnold, 1958



Johannes Albers, 1958 – 1963

schon früh auf die Programmatik der „Mutterpartei“ Einfluss nehmen.

Wie das Ahlener Programm (1947): Es ist kein politisches Programm im um-

tig Mittelpunkt und Orientierungspunkt eines jeden wirtschaftlichen Handelns sein – ein Grundsatz, der noch heute für alle Christlich-Sozialen gilt.

erstmal in der Geschichte, welche ungeahnten Kräfte eine freiheitliche und zugleich dem Sozialen verpflichtete marktwirtschaftliche Ordnung freizusetzen vermag.

In den „Düsseldorfer Leitsätzen“ (1949) bekennt sich die CDU zum Konzept der Sozialen Marktwirtschaft, der Fortentwicklung des Gedankens vom Dritten Weg zwischen Sozialismus und Kapitalismus, wie er im Ahlener Programm angelegt war.

Nach dem Wahlsieg auf Bundesebene gründet sich im Jahr 1950 die CDU Deutschlands in Goslar. So lenkt die CDU, und mit ihr die CDA, bis 1969 als Regierungspartei die Geschicke der Bundesrepublik. Es werden viele fortschrittliche Gesetze erlassen, die die Handschrift christlich-sozialer Vordenker tragen. So verabschiedete die Bundesregierung das erste Wohnungsbaugesetz – ein Schritt, der die Bauwirtschaft des in Schutt und Asche liegenden Landes ankurbelte und zugleich die Wohnungsnot bekämpfte. Durch das Heimkehrer- und das Bundesversorgungsgesetz erhielten über vier Millionen Kriegsversehrte, Kriegshinterbliebene und Kriegswaisen Unterstützungen.

historischer Kompromiss auch zwischen dem damaligen Bundeskanzler und dem DGB-Gründungsvorsitzenden Hans Böckler. Im Stahl- und Kohlebereich erhalten die Arbeitnehmer- und Arbeitgebervertreter gleichwertige Mitbestimmungsrechte. Im Gegenzug gibt die CDU Nordrhein-Westfalen ihre Forderung nach einer Vergesellschaftung der Schlüsselindustrien auf.

Karl Arnold eröffnet 1951 auf dem Bundesparteitag der CDU in Karlsruhe mit seinem „Vier-Pfennig-Plan“ die Diskussion über den Investivlohn. Sein Plan sah vor, dass von Arbeitnehmer und Arbeitgeber je zwei Pfennig pro Arbeitsstunde an eine Kasse abzuführen seien, die als Kapitalbildungsstelle zur Finanzierung von Investitionsvorhaben dienen sollte. Dies bildete den Auftakt zu einer Reihe von Initiativen, mit denen die Sozialausschüsse in über fünf Jahrzehnten immer wieder für Vermögensbildung und Produktivka-

chef der Arbeitnehmergruppe, der „dicke Bretter“ für die Arbeitnehmer-Beteiligung bohrt.

Der Kündigungsschutz wird gesetzlich verankert: Im weiteren Verlauf der Neustrukturierung Deutschlands wird der Mutterschutz ebenso gesetzlich geregelt, wie die Betriebsverfassung, die Arbeitnehmervertretern in Gewerbebetrieben Mitbestimmungsrechte sichert. Der Deutsche Bundestag beschließt im Jahr 1952 die Einrichtung einer Bundesanstalt für Arbeitsvermittlung und die Arbeitslosenversicherung.

Die erste große Rentenreform, die aufgrund der herrschenden Altersarmut beschlossen wird, koppelt die Rentenleistungen an die Lohnsteigerungen und man vereinheitlicht das Rentenrecht für Arbeiter und Angestellte. Die Rentner sollten dadurch am wirtschaftlichen Fortschritt beteiligt und die Altersarmut überwunden werden.



Hans Katzer, 1963 – 1977



Dr. Norbert Blüm, 1977 – 1987



Dr. Ulf Fink, 1987 – 1993

Nach Auseinandersetzungen mit den Gewerkschaften und innerhalb der Union zwischen Konrad Adenauer und Karl Arnold tritt am 21. Mai 1951 die Montanmitbestimmung in Kraft – ein

pitalbeteiligung warben. Später ist es vor allem Wolfgang Vogt, langjähriger CDA-Landesvorsitzender in NRW und zeitweise Parlamentarischer Staatssekretär im Arbeitsministerium und

Die dynamische Rente wird Alterslohn für Lebensleistung. Indes bleibt sie ein „Zwei-Generationen-Vertrag“, weil Adenauer meinte, Kinder bekämen die Leute ohnehin – ein Trugschluss. ►

Viele Christlich-Soziale hatten schon damals einen Drei-Generationen-Vertrag auch unter Einbeziehung der Familien mit Kindern gefordert. Das zunächst eher mäßige Kindergeld änderte an der Vernachlässigung dieser dritten Generation wenig.

Im Jahr 1960 führen sieben christlich-soziale Verbände in Köln einen Arbeitnehmerkongress durch, der die Lohnfortzahlung für Arbeiter bei Krankheit und soziales Bodenrecht fordert. Auf ihrer 12. Bundestagung verabschieden die CDU-Sozialausschüsse ihr Grundsatzprogramm, die „Offenburger Erklärung“. Es wird eine „offene und solidarische Gesellschaft“ gefordert, in deren Mittelpunkt der Mensch steht.

Das Jahr 1966 bringt die erste Große Koalition zwischen CDU/CSU und SPD. Hans Katzer, der Bundesvorsitzende der CDA und Bundesminister für Arbeit und Sozialordnung, formuliert das Arbeitsförderungsgesetz

Das Jahr 1969 bringt einschneidende Veränderungen für die CDU. Das erste Mal seit Gründung der Bundesrepublik ist die Union nicht mehr in der Regierungsverantwortung. Die Partei und ihre Vereinigungen beginnen, sich mit der eigenen Modernisierung zu beschäftigen. So legen die Sozialausschüsse Musterregelungen für die Gründung von Arbeitskammern vor, die in enger Zusammenarbeit mit den Gewerkschaften Bildungs- und Informationsaufgaben übernehmen sollen.

Heftige Debatten werden in der „Jungen Arbeitnehmerschaft“, der Nachwuchsorganisation der CDA, geführt. Zentrales Konfliktthema ist die Bodenreform. Eine starke Minderheit unterliegt schließlich mit der Forderung „Grund und Boden sind Gemeineigentum. Nutzungsrechte können gewährt werden“. Am Ende dieser Diskussion entsteht das Grundsatzprogramm „Radikale Evolution“. Als die sozialliberale Koalition 1976 das Mitbestimmungsgesetz für Kapitalge-

volle Parität in den Aufsichtsräten einzuführen. Die SPD lehnt dies jedoch aus Koalitionsrason ab, und so erhält der, in der Regel von der Kapitaleseite gestellte, Aufsichtsratsvorsitzende für Pattsituationen ein Doppelstimmrecht. Norbert Blüm, damals Hauptgeschäftsführer der Sozialausschüsse, spricht von „Parität mit doppeltem Boden“ oder „Doppelstimmrecht“. Der Abstimmung im Bundestag waren jahrelange heftige Auseinandersetzungen innerhalb der CDU zur Mitbestimmung vorangegangen.

Auf europäischer Ebene gründet sich 1978 die „Europäische Union Christlich-Demokratischer Arbeitnehmer“. Hans Katzer wird erster Präsident.

Die CDU kommt 1982 wieder in Regierungsverantwortung. Bundeskanzler wird Helmut Kohl, Norbert Blüm der Vorsitzende der CDA wird Bundesminister für Arbeit und Sozialordnung. Durch die Einführung von Erziehungsgeld, Rentenansprüchen



Werner Schreiber, 1993 – 1994



Rainer Eppelmann, 1994 – 2001



Hermann-Josef Arentz, 2001 – 2004

und setzt die Lohnfortzahlung im Krankheitsfall gesetzlich durch. Der Bundestag beschließt das von christlich-sozialen Politikern maßgeblich formulierte Berufsbildungsgesetz.

sellschaften außerhalb der Montanwirtschaft, in denen mehr als 2000 Beschäftigte arbeiten, beschließt, fordert die Arbeitnehmergruppe der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, die

für Erziehungsleistung und Erziehungsurlaub unter Federführung des CDU-Generalsekretärs und Familienministers Heiner Geißler – auch er ein Christlich-Sozialer – wird erstmals



die erzieherische Arbeit der Eltern mit einem „gesellschaftlichen Lohn“ materiell anerkannt.

In ihrem Programm „Arbeit für alle“ fordert die CDA ein „gesetzliches Vorkaufsrecht für Belegschaften“. Dieses sollten die Arbeitnehmer in Anspruch nehmen können, falls deren Betriebe veräußert, aufgelöst oder in Konkurs gehen sollten. Im Rahmen der Gesundheitsreform wird der gesetzliche Anspruch auf Pflegeurlaub und Pflegegeld in Kraft gesetzt. Die erbrachte Pflegeleistung wird aufgewertet.

Im Herbst 1989 fällt die Diktatur der SED. Kurz drauf wird das erste und einzige Mal in der DDR frei gewählt. Der spätere Bundesvorsitzende der CDA Rainer Eppelmann, schon als Bürgerrechtler aktiv am Sturz des SED-Regimes beteiligt, wird Abrüstungsminister.

Am 3. Oktober 1990 wird das Gebiet der DDR mit dem sozialen Rechts-

zwischen Bund, Ländern, Kommunen, Wirtschaft und Gewerkschaften“.

Ebenfalls auf eine Initiative der CDA ist die Einführung der Pflegeversicherung als fünfte Säule der Sozialversicherung im Jahr 1995 zurückzuführen – Norbert Blüm war zuständiger Bundesminister, Karl-Josef Laumann Berichterstatter im zuständigen Bundestagsausschuss. Kurz vor der Abwahl der Regierung Kohl wird das 3. Vermögensbildungsgesetz – ein weiterer Schritt hin zu einer „sozialen Kapitalpartnerschaft“ verabschiedet.

1998: Mit dem Verlust der Bundestagswahl verliert die Union mit der Regierungsverantwortung auch wichtige Gestaltungsspielräume. In der Opposition ringen CDU und CSU um ihre Positionen zur Reform der Gesundheits- und Rentenversicherung, zum Arbeitsrecht und zur Tarifautonomie. In der Familienpolitik setzt die CDA mit Erziehungsgehalt und Familiengeld Akzente, die die CDU in

Jürgen Rüttgers in Nordrhein-Westfalen Ministerpräsident. Karl-Josef Laumann wird Arbeits- und Sozialminister in NRW – nur wenige Tage vor seiner Wahl zum CDA-Bundesvorsitzenden.

Angela Merkel wird Bundeskanzlerin einer Großen Koalition. Forderungen der CDA zum abschlagfreien Renteneintritt nach 45 Beitragsjahren, zu zusätzlichen Anstrengungen für ältere Arbeitnehmer, zu besseren Vermögensfreigrenzen für Transferempfänger und zur Weiterbildung werden aufgegriffen.

Zum Jahreswechsel 2005 / 2006 spricht sich Bundespräsident Horst Köhler für die Mitarbeiterbeteiligung aus. Die CDA regt innerparteilich an, eine Kommission zum Thema Miteigentum einzusetzen – und hat damit Erfolg. Das CDU-Gremium unter Federführung von CDA-Chef Laumann bereitet einen konkreten Forderungskatalog vor. Die Sozialausschüsse kommen damit im Jahr ihres



Gerald Weiß, 2004 – 2005



Karl-Josef Laumann, 2005 – heute

staat Bundesrepublik Deutschland vereinigt. Als erste fordern der CDA-Bundesvorsitzende Ulf Fink und der Arbeitsminister Sachsen-Anhalts Werner Schreiber einen „Aufbau-Pakt

veränderter Form aufgreift, aber auch weiterentwickelt.

2005 wird wieder ein erfolgreiches Jahr: Nach 39 Jahren Opposition wird

60-jährigen Bestehens ihrer Vision, eine Gesellschaft von Teilhabern zu schaffen, einen entscheidenden Schritt näher.

*Danny Dobmeier*



*Minister a.D., Ehrenvorsitzender der CDA, Vorstandsvorsitzender der Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur.*

Als wir 1989 in der DDR die SED davongejagt hatten und der Zug unaufhaltbar in Richtung Einheit rollte, war es mir als Minister der frei gewählten DDR-Regierung unter Lothar de Maizière ein wichtiges Anliegen, den wirtschaftlichen Einigungsprozess so sozialverträglich wie möglich zu gestalten. So war es eine logische Konsequenz meines bis dahin noch recht jungen politischen Wirkens, als ich 1994 auf Bitten vieler Mitstreiter in einer schwierigen Zeit den Vorsitz der CDA mit Respekt vor der Aufgabe, aber gleichwohl frohen Herzens übernahm. Zu einem sozialen Ausgleich in der deutschen Vereinigungsgesellschaft beizutragen, war mir in einer Zeit des politischen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Wandels ein lohnendes Ziel.

## Wir sind das Volk – auch heute

Für Deutschland hatte mit dem Vollzug der Einheit eine neue Zeit begonnen. Obwohl die meisten Westdeutschen wollten, dass nach der Vereinigung möglichst alles so bleiben sollte, wie es zuvor gewesen ist, und die Ostdeutschen nichts sehnlicher wünschten, als dass es auch bei ihnen so werde, wie es 40 Jahre lang im Westen war, hat sich nicht nur Ostdeutschland, sondern auch der Westen der Bundesrepublik in den letzten Jahren grundlegend gewandelt. Das Koordinatensystem, in welchem man vor der friedlichen Revolution in der DDR gelebt hat, wurde durch ein völlig neues abgelöst.

Die Bürger Ostdeutschlands haben seit 1989 lernen müssen, flexibel mit schnellem und umfassendem Wandel zurechtzukommen. Sie mussten erfahren, dass Veränderung der Normalfall ist, Stillstand dagegen die Ausnahme. Doch auch die alte Bundesrepublik konnte nach der Vereinigung nicht unverändert bleiben. Die Landschaften, die Städte und die Menschen in Ostdeutschland, die vorher aus westlicher Sicht weitgehend Terra incognita und eher fremd waren, sind nun gleichberechtigter Teil eines Ganzen. Und so wirken sich die wirtschaftlichen Schwierigkeiten in den neuen Ländern eben auch auf die Konjunkturdaten und den Wohlstand in Westdeutschland aus.

Nach und nach wuchs daher auch in der westdeutschen Bevölkerung die

Erkenntnis von der Notwendigkeit, nach 40 erfolgreichen Jahren in Politik, Wirtschaft und Sozialstaat neue Wege einzuschlagen.

Es gilt heute, die neuen Herausforderungen, die sich aus der deutschen Einheit ebenso wie aus der Erweiterung der Europäischen Union, der Globalisierung des Wirtschaftslebens, dem Wandel der Industriegesellschaft zur Dienstleistungs-, Wissens- und Informationsgesellschaft oder aus der notwendigen Reformierung der sozialen Sicherungssysteme ergeben, gemeinsam anzupacken – in Ost und West. „Wir sind das Volk!“, riefen wir 1989, als wir uns in der DDR die Freiheit erkämpften. Dies gilt heute ebenso für ganz Deutschland: Wir alle gemeinsam sind verantwortlich für das, was in unserem Gemeinwesen passiert und deshalb müssen wir alle gemeinsam daran arbeiten, unser Gemeinwesen zu verbessern. Es geht um nicht weniger als um die zeitgemäße Gestaltung von Gegenwart und Zukunft dieser Republik.

Angesichts tiefgreifender Veränderungen sehe ich für mich eine zentrale Aufgabe darin, die Menschen dafür zu sensibilisieren, aus der Vergangenheit Lehren für die Zukunft zu ziehen, aber auch für Verständnis zu werben und Brücken zu bauen in unserer Gesellschaft: zwischen Ost und West, zwischen arm und reich, zwischen oben und unten, zwischen Arbeitnehmern und Arbeitgebern. ■

AOK. Wir tun mehr.

AOK  
Die Gesundheitskasse.

**Wussten Sie schon,**  
*dass wir täglich mehr als 250.000*  
**Gesundheitsfragen beantworten?**

Wenn es um die eigene Gesundheit geht, will man es ganz genau wissen. Deshalb bietet Ihnen die AOK viele Möglichkeiten, sich schnell und kompetent zu informieren. Mit einem dichten Netz von Geschäftsstellen, am Telefon oder auf [www.aok.de](http://www.aok.de) sind wir immer in Ihrer Nähe. **Nicht umsonst heißt die AOK „Die Gesundheitskasse“.**



*Bundesminister für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz, Vorsitzender der CSA, MdB.*

Die solidarische Gesellschaftsordnung der letzten 50 Jahre ist das Fundament für den erfolgreichsten Weg der Deutschen, den sie in ihrer Geschichte zurückgelegt haben. Eine hohe wirtschaftliche Leistungsfähigkeit und ein hohes Maß an sozialer Sicherheit und Gerechtigkeit sind zu wichtigen Bestandteilen unserer nationalen Identität geworden. Unser Sozialstaat trägt zum inneren Frieden bei und ist gelebter Ausdruck der notwendigen Solidarität mit den Bedürftigen.

Gleichwohl besteht kein Zweifel, dass wir an einem Wendepunkt in der Sozialstaatsentwicklung angelangt sind: Die hohe Dauerarbeitslosigkeit und der Verlust an sozialversicherungspflichtigen Arbeitsplätzen verdoppeln mit Beitragsmindereinnahmen und Anstieg der Leistungsausgaben die Finanzierungsprobleme der sozialen Sicherungssysteme. Aufgrund unserer demografischen Entwicklung müssen in Zukunft immer weniger Beitragszahler eine wachsende Zahl

## Eine zukunftsorientierte Sozialpolitik braucht christliche Maßstäbe

von Leistungsempfängern finanzieren. Die wirtschaftliche Stagnation führt zu Steuerausfällen, aber die steuerfinanzierten Sozialausgaben steigen zu Lasten der Zukunftsinvestitionen.

Die Menschen in unserem Land sehen die Notwendigkeit von Reformen ein. Sie sind aber existenziell berührt, was ökonomisch und sozial in unserem Land stattfindet. Die Menschen haben Sehnsucht nach geistiger Orientierung, nach Maßstäben und nach einem klar definierten Menschenbild.

Die christliche Arbeitnehmerschaft hat diese Orientierung: Das christliche Menschenbild mit den Prinzipien Subsidiarität und Solidarität und die Idee der Sozialen Marktwirtschaft sind unsere Maßstäbe. Diese müssen wir den Menschen vermitteln und in der Politik zur Geltung bringen. Auf dieser Grundlage müssen wir die Sozialpolitik zukunftsorientiert gestalten.

Subsidiarität: Die Menschen müssen mehr Eigenverantwortung und Eigenvorsorge übernehmen. Wir müssen Berufseinsteigern deutlich machen, was auf sie zukommt. Sie können sich nicht mehr vollständig auf die solidarische Absicherung verlassen. Die Absicherung der großen Risiken bei Gesundheit, Alter und Pflege muss bleiben. Wir müssen aber Abschied nehmen von einer Vollkaskomentalität, um den unverzichtbaren Kern des Sozialstaats zu bewahren. Solidarität: Als Ausdruck der Mitverantwortung

für andere, als Ausdruck von Humanität und Verantwortungsgemeinschaft beinhaltet sie die Unterstützung derer, die sich selbst nicht helfen können. Aber: Wer sich selbst helfen kann, aber nicht will, darf keine Sozialleistungen erhalten. Anspruch auf Sozialleistungen darf nur haben, wer sich selbst helfen will, dies aber nicht kann. Sozialmissbrauch und Mitnahmeeffekte müssen konsequent eingedämmt werden!

Soziale Marktwirtschaft: Wir brauchen eine Leistungs- und Wettbewerbskultur. Leistungsanreize sind keine Gegensätze zu mehr sozialer Sicherheit. Ohne spürbare Anreize zur Anstrengung verliert jede Gesellschaft die Kraft zur Solidarität. Deshalb brauchen wir keine leistungsfeindliche Nivellierung, sondern Wettbewerb und Aktivierung. Leistungsorientierung ist die unabdingbare Voraussetzung für ein wettbewerbsfähiges Deutschland. Nur ein leistungsorientiertes Volk kann dauerhaft solidarisch sein. Der Staat muss dazu Bürokratie abbauen und sich aus einigen Bereichen zurückziehen.

Auf dem Weg zum Sozialstaat der Zukunft müssen wir so nach einer Gesellschaftsordnung streben, bei der der Mensch das Maß der Dinge ist und nicht das Kapital. Dafür tritt die Christlich-Demokratische Arbeitnehmerschaft Deutschlands (CDA) seit 60 Jahren ein. Zu diesem Jubiläum gratuliere ich der CDA ganz herzlich. ■

## Frauenleben sind vielfältig, Frauenrenten leider nicht

Als sich im Jahr 1945 christliche Arbeitnehmervertreter zusammenschlossen, um einheitliche Gewerkschaften und die CDU mitzubegründen, hatten sie die Vision, Brücken zu bauen – zwischen christlichem Menschenbild und sozialer Verantwortung, zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer, zwischen Ost und West. Auch heute, sechzig Jahre nach ihrer Gründung, ist die Christlich-DEMOKRATISCHE Arbeitnehmerschaft das soziale Bindeglied innerhalb der CDU.

### Die Wegmarken erfolgreicher CDA-Politik sind zugleich Wegmarken der Frauen Union

Der Rückblick macht deutlich, wie viele Brücken die Visionäre von einst und ihre Nachfolger bis heute gebaut haben und welche eindrucksvollen Spuren sie dabei gerade in der Arbeitswelt hinterlassen haben. Die Gleichbehandlung von Frau und Mann hat die CDA dabei stets im Blick gehabt. Im Schulterschluss mit der Frauen Union konnte deshalb gemeinsam viel auf den Weg gebracht werden, um die Situation der Frauen und ihrer Familien zu verbessern.

### Frauen leben länger – aber wovon?

Wie wichtig dieses gemeinschaftliche Engagement war und noch heute ist, zeigt der Blick zurück: Die Lebensentwürfe von Frauen sind heute vielfältiger und bunter als noch vor 60 Jahren. Das Verhältnis von Familienarbeit

und Erwerbstätigkeit hat sich stark verändert. Schon heute sind 64,4 % aller 15- bis 64-jährigen Frauen mit minderjährigen Kindern im Haushalt erwerbstätig, fast zwei Drittel (61 %) davon in Teilzeitarbeitsverhältnissen.

Mit der Vielfalt der Familienformen hat sich auch das Leben der Kinder geändert. Große Aufmerksamkeit verdient der Anstieg der Kinderarmut in Deutschland. Besonders betroffen sind hierbei die unter 5-jährigen. Während die Armutsrate im Jahr 1984 noch bei 15,5 % lag, stieg sie bis 2003 auf 23,8 % an. Mehr als die Hälfte dieser Kinder und Jugendlichen lebt in Alleinerziehendenhaushalten. Hier gilt es, den Kreislauf zu durchbrechen, indem wir die Vereinbarkeit von Familie und Beruf für die Alleinerziehenden und die Bildungschancen der Kinder und Jugendlichen verbessern und ihnen damit die Chance zur sozialen Teilhabe ermöglichen. Dies gilt insbesondere für Kinder und Jugendliche mit Migrationshintergrund.

Frauen wollen sich frei entscheiden, für Beruf oder Familie oder für beides, ohne dadurch Einbußen bei der sozialen Sicherung im Alter zu haben. Das bedeutet: Frauen brauchen ein Altersvorsorge-Konzept, das wirklich zu ihrer ganz persönlichen Situation passt, nichts von der Stange. Doch die eigenständige Alterssicherung von Frauen stand lange im Missverhältnis zu ihrem gesellschaftlichen Beitrag, den sie durch die Kindererziehung



Staatsministerin im Bundeskanzleramt und Vorsitzende der Frauen Union der CDU, MdB.

leisten. Gemeinsam haben wir gegen die daraus resultierende Altersarmut von Frauen gekämpft.

Erst in den 80er und 90er Jahren wurden auf Initiative der Union wichtige Gesetze zur sozialen Absicherung von Frauen verabschiedet: Das Gesetz zur Neuordnung der Hinterbliebenenrente, zur Anerkennung von Kindererziehungszeiten und Pflegezeiten in der gesetzlichen Rentenversicherung sowie die Gewährung von Erziehungsgeld und Erziehungsurlaub für Mütter und Väter. Nicht locker gelassen haben wir in der Frauen Union, als die rot-grüne Regierung 2001 die Witwenrente, die nicht erwerbstätige Frauen absichert, abschaffen wollte. 2004 haben wir uns erfolgreich für ►

Unisex-Tarife in der staatlich geförderten Riester-Rente eingesetzt. Das Schlagwort „Altersarmut ist weiblich“ stimmt heute nicht mehr. Aber wir müssen wachsam bleiben, denn die steigende Lebenserwartung und die absehbare Absenkung des Rentenniveaus werden sich für Frauen problematischer auswirken als für den so genannten „Eckrentner“.

### Die Herausforderungen von heute

Es ist der bleibende Verdienst von CDA und Frauen Union gemeinsam, Schulter an Schulter, die Weichen für eine zukunftsgerichtete Frauen- und Familienpolitik gestellt zu haben. Wir sind noch lange nicht am Ende unseres Weges angekommen und stehen vor neuen Herausforderungen. Die Alterssicherung muss sich im stärkeren

Maße an den vielfältigen Lebens- und Erwerbsbiografien von Frauen orientieren. Im Koalitionsvertrag ist daher festgeschrieben, dass die Kinderzulage für die ab 1. 1. 2008 geborenen Kindern von 185 Euro auf dann 300 Euro jährlich angehoben wird, um die private Altersvorsorge von Müttern und Vätern zu stärken.

Ebenso wichtig wird es sein, die Vereinbarkeit von Erwerbstätigkeit und Familie zur vordringlichen Aufgabe zu machen. Wir können es uns nicht mehr leisten, dass beruflich gut qualifizierte Frauen auf Kinder verzichten. Es fehlt trotz aller Anstrengungen an geeigneten Rahmenbedingungen: Wir brauchen ein für alle Altersstufen der Kinder geeignetes ganztägiges Betreuungsangebot, Kindergärten, die als Orte der frühkindlichen Bildung

deshalb beitragsfrei sind, die volle steuerliche Anerkennung des Privathaushaltes als Arbeitgeber, eine wirklich familienfreundliche Arbeitswelt für Mütter und Väter, eine wirksame Familienförderung orientiert an dem französischen Beispiel der Familienkasse, die Förderung der Erziehungskompetenz der Eltern. Kurz gesagt: Deutschland muss zu einem echten Familienland werden.

Mein Appell an Sie kann nur lauten: Lassen Sie uns auch in Zukunft an einem Strang ziehen. Die Erfolge in der Vergangenheit haben es gezeigt: Gemeinsam können wir Kompetenzen nutzen, Positionen vermitteln und Brücken zu den unterschiedlichsten gesellschaftlichen Gruppen und Institutionen bauen. Für eine sozial gerechte und partnerschaftliche Gesellschaft. ■

60 Jahre CDA!

Zum Jubiläum gratulieren wir herzlich und wünschen weiterhin viel Erfolg.

SIGNAL IDUNA Gruppe, [www.signal-iduna.de](http://www.signal-iduna.de), Service-Nr. (01 80) 3 330 330.

**SIGNAL IDUNA**  
Versicherungen und Finanzen



Gut zu wissen, dass es SIGNAL IDUNA gibt.

## Menschenwürdige Arbeit

Der Einsatz neuer Technologien, andere Arbeitsabläufe und neue betriebswirtschaftliche Steuerungs- und Managementkonzepte haben die Arbeitswelt weit reichend verändert. Der „Strukturwandel der Arbeit“ drückt sich auch in der anhaltend hohen Arbeitslosigkeit bei zunehmender Langzeitarbeitslosigkeit aus.

Die Arbeitsverhältnisse haben sich vervielfältigt. Neben der Vollzeit- existieren Teilzeitbeschäftigung sowie befristete Beschäftigung. Zudem haben prekäre Beschäftigungsverhältnisse in der Form von Leiharbeit und Niedriglohnjobs zugenommen und sind Mobilitäts- und Flexibilisierungsanforderungen angestiegen. Gleichzeitig kennzeichnet eine rückläufige Lohnquote die veränderte Arbeitswelt.

Zudem werden die Gültigkeit von Flächentarifverträgen zugunsten betrieblicher Regelungen permanent in Frage gestellt, der Konkurrenzdruck zwischen Beschäftigten und Erwerbslosen durch verschärfte Zumutbarkeitskriterien erhöht sowie der Niedriglohnsektor zur Reduzierung der Arbeitslosigkeit weiter ausgebaut.

Vor diesem Hintergrund stellt sich die Frage nach menschenwürdiger Arbeit in zweierlei Hinsicht: Wie sieht die Arbeit der Beschäftigten konkret aus und welche Arbeit wird den Beschäftigung Suchenden angeboten? Während vor allem junge

Menschen und Frauen und Männer über 50 Jahre vom Arbeitsmarkt zunehmend ausgeschlossen werden, sehen sich Beschäftigte verstärkt den Forderungen der Arbeitgeber nach Arbeitszeitverlängerungen und mehr Flexibilität gegenüber. Zudem werden sie durch die Androhung von Standortverlagerungen massiv unter Druck gesetzt. Auf der einen Seite steht die Entwertung von Qualifikationen und Menschen durch lang anhaltende Arbeitslosigkeit, auf der anderen führen Leistungsverdichtung, Arbeitszeitverlängerungen und Arbeitsplatzangst auf Dauer zu gesundheitlichen Störungen und Beschädigungen der Würde des Einzelnen. Beide Seiten haben gemeinsam, dass Menschen zu Objekten des Arbeitsmarktes werden.

### **Nicht alles ist gerecht und menschenwürdig, was Arbeit schafft**

Für den DGB und seine Mitglieds-gewerkschaften gilt der Zugang zur Erwerbsarbeit in Deutschland weiterhin als zentraler Indikator für Gerechtigkeit. Dabei ist allerdings nicht alles gerecht und menschenwürdig, was Arbeit schafft. Menschenwürdige Arbeit bedeutet nicht nur die Sicherung der Existenz des Beschäftigten durch eine gute Bezahlung. Sie muss zudem die Gesundheit und Lebensqualität fördern.

Um die Würde des Einzelnen zu schützen und ihr Raum zur Entfaltung zu geben, braucht der Einzelne die



*Bundenvorsitzender des Deutschen Gewerkschaftsbundes (DGB).*

Möglichkeit, seine Fähigkeiten mitbestimmend einzubringen und weiter zu entwickeln. Dies gilt für Beschäftigte und für zu Beschäftigende. Zu einer humanen, am Individuum orientierten Arbeitsgestaltung gehört auch, dass Beruf und Familie für Frauen und Männer miteinander vereinbar sind.

Die Schaffung von menschenwürdigen Arbeitsbedingungen ist von je her Zweck und Ziel gewerkschaftlichen Handelns gewesen. Dies haben Gewerkschaften mit der christlichen Soziallehre gemeinsam. Mit Unternehmern, Arbeitgebern, aber auch Ökonomen und Politiken, die im Menschen nur eine Kostenstelle sehen, ist dies nicht zu verwirklichen. ►

Der DGB engagiert sich daher gemeinsam mit gesellschaftlichen Gruppen, die sich auf den Schutz der Würde des Menschen verpflichten, die Arbeit und soziale Gerechtigkeit in das Zentrum ihrer Bemühungen stellen.

Der DGB setzt sich konkret dafür ein, dass der Anspruch von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern auf gerechte Teilhabe an der Erarbeitung und der Verteilung des Wohlstands sowie ihrer Erwartungen an Selbst- und Mitbestimmung in Arbeitswelt und Gesellschaft anerkannt wird. Zudem muss der Sozialstaat so gestaltet werden, dass auch vor dem Hintergrund des globalen wirtschaftlichen Wandels und den damit verbundenen Herausforderungen der soziale Schutz des Einzelnen im Alter, vor Krankheit und vor Arbeitslosigkeit gewährleistet ist.

Menschen müssen trotz dieser existenziellen Risiken weiterhin im gesellschaftlichen Leben integriert bleiben und dürfen nicht ins soziale Abseits rutschen. Menschenwürdige Arbeit setzt auch voraus, dass allen Menschen unabhängig von Status, Ausbildung und Einkommen der Eltern der Zugang zu Bildung und Ausbildung ermöglicht wird. Nur durch eine gute Bildung wird der Einzelne befähigt, den Wandel von Arbeitsmarkt, Wirtschaft und Gesellschaft mitzugestalten.

Wie ernst es eine Gesellschaft mit der im Grundgesetz verankerten Würde des Menschen nimmt, wird sich letztendlich daran zeigen, inwieweit es ihr gelingt, auch weiterhin menschenwürdige Arbeitsplätze zu schaffen. ■

## Herausforderungen annehmen



*Bundvorsitzender des Christlichen Gewerkschaftsbundes (CGB).*

Zu dem 60. Jubiläum des Bestehens der Christlich-Demokratischen Arbeitnehmerschaft Deutschlands möchte ich Ihnen im Namen des Christlichen Gewerkschaftsbundes Deutschlands meine allerherzlichsten Grüße und Wünsche übermitteln.

Unser Sozialstaat steht vor großen Herausforderungen: Die Erkenntnis und die Einsicht in die Notwendigkeit von Reformen ist in unserem Land stetig gewachsen. Sie ist so groß wie nie. Deshalb muss es uns jetzt darum gehen, die soziale Marktwirtschaft auf die globalen Herausforderungen der Gegenwart und der Zukunft einzustellen. Diesen Reformprozess werden wir nur mit ausgewogenen und vor allem

sozial gerechten Konzepten dauerhaft erfolgreich gestalten können. Dabei bedürfen gerade die Leitgedanken der christlichen Soziallehre – Subsidiarität, Solidarität, Gemeinwohl und Gerechtigkeit – engagierter und durchsetzungsstarker Verteidiger.

Ein solcher durchsetzungsstarker Verteidiger ist die CDA. Als soziale Stimme der CDU hat sie in den vergangenen Jahrzehnten ebenso engagiert wie erfolgreich die Interessen der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer vertreten und einen wichtigen Beitrag für ein soziales Gleichgewicht in der Gesellschaft geschaffen.

Ob in den Fragen der Sozial- und Arbeitsmarktpolitik, von Arbeitnehmerrechten und der Tarifautonomie – die CDA war und ist eine unverzichtbare Stütze des sozialen Miteinanders in Deutschland.

Solidarität und soziale Gerechtigkeit entstehen nicht von selbst. Beides braucht Menschen, die sich dafür einsetzen, und eine Idee, die sie verbindet. Möge die CDA daher auch in Zukunft wachsen, blühen und gedeihen und damit dafür sorgen, dass der soziale Ausgleich bei aller Reformnotwendigkeit nicht aus den Augen verloren wird. In diesem Sinne wünsche ich der CDA eine langjährige Fortsetzung ihrer Erfolgsgeschichte für die Interessen der Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen. ■



## Die CDA hat Großes geleistet

Zum 60-jährigen Bestehen gratuliere ich der CDA, der Christlich-Demokratischen Arbeitnehmerschaft, sehr herzlich!

Seit ihrer Gründung im Jahr 1945 als Zusammenschluss der christlichen Gewerkschaftler der Weimarer Republik setzt sich die CDA für die Berücksichtigung von Arbeitnehmerinteressen in der CDU ein. Besonders für die Gewerkschaftslandschaft der noch jungen Bundesrepublik hat die CDA Großes geleistet, indem sie sich von Beginn an für eine partnerschaftliche Wirtschaftsordnung eingesetzt hat, in der Mitbestimmung und Mitbeteiligung den scheinbaren Konflikt zwischen Kapital und Arbeit überwinden konnte.

Tarifautonomie, Betriebsverfassungs- und Personalvertretungsgesetz, Kindergeld, Vermögensbildung in Arbeitnehmerhand, Lohnfortzahlung im Krankheitsfall, Erziehungsgeld und Erziehungsurlaub sowie die Pflegeversicherung sind soziale Errungenschaften, die aus unserer modernen Gesellschaft nicht mehr wegzudenken sind und an deren Gestaltung die CDA maßgeblich mitgewirkt hat. Im Bemühen um den Ausgleich zwischen Arbeitgeber- und Arbeitnehmerinteressen ist die CDA eng und in kritischer Solidarität mit den Gewerkschaften verbunden, die als Tarifvertragsparteien und Partner in der sozialen Selbstverwaltung des deutschen Sozialstaats eine unver-

zichtbare Funktion ausüben. Die CDA hat es stets vermieden, die Rolle der Gewerkschaften auf die des reinen Tarifpartners zu reduzieren. Vielmehr unterstützt die CDA unser soziales und gesellschaftliches Engagement.

Diese Unterstützung ist notwendig: Wir beobachten derzeit eine verstärkte Erosion der sozialen Verantwortung der Wirtschaft gegenüber ihren Beschäftigten. Obwohl die Gewinne der meisten DAX-notierten Konzerne im Jahr 2005 wie nie zuvor sprudelten, müssen die Beschäftigten nicht nur immer härter um ihre Beteiligung am wirtschaftlichen Erfolg und um ihre Rechte kämpfen, sondern immer häufiger auch um ihre Arbeitsplätze. Hier ist die CDA gefordert, sich noch stärker als bisher zu engagieren, um das wachsende Missverhältnis zwischen Wirtschaftsinteressen und Arbeitnehmerrechten wieder in Einklang zu bringen.

Zu Recht tritt die CDA dafür ein, die Beschäftigten stärker am Unternehmenskapital zu beteiligen und ihre wirtschaftliche Unabhängigkeit zu stärken. Die Manager müssen sich vor Augen halten: Traumbilanzen sind ohne motivierte Beschäftigte nicht möglich. Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter haben einen Anspruch auf Beteiligung am Unternehmenserfolg.

Wer unter dem Vorbehalt von Kostendruck und Globalisierungszwängen wahllos Mitarbeiter entlässt, vernich-



*Bundesvorsitzender des Deutschen Beamtenbundes (dbb).*

tet damit langfristig die Grundlage des wirtschaftlichen Erfolges und bringt den sozialen Frieden in Gefahr. Ähnliches gilt für den öffentlichen Dienst, der als Motor des Staates Spitzenleistungen erbringt, und der einen Anspruch auf gleiche Behandlung wie die Menschen in der Privatwirtschaft hat. Auch hier drohen kurzfristig angestrebte Sparmaßnahmen die Zukunftsfähigkeit des öffentlichen Sektors zu beeinträchtigen. Dieser Entwicklung tritt die CDA, gestützt durch die Arbeitsgemeinschaft Christlich-Demokratischer Gewerkschafter im dbb, entgegen. Sie weiß, dass die Qualität des Wirtschaftsstandortes Deutschland von der Qualität seines öffentlichen Dienstes abhängt. Dafür sage ich ausdrücklich Dank und Anerkennung. ■



Vorsitzender der Europäischen Union Christ-lich-Demokratischer Arbeitnehmer, MdEP.

Die EU steht oft in der Kritik sozialer Kälte. Die Globalisierung verstärkt diesen Trend. Die mit ihr einhergehenden Veränderungen erzeugen dort, wo das Handeln der Politik abstrakt und unverständlich bleibt, Ängste und Ablehnung bei den Menschen, wie etwa im Falle der Dienstleistungsrichtlinie. Dabei wird leider zu häufig übersehen, dass die EU nicht das Problem, sondern ein Teil der Lösung ist: Die EU ist eine Antwort auf die Herausforderungen, vor welche die Globalisierung alle Staaten Europas gemeinsam stellt.

Selbst ein Land der Größe Deutschlands ist heute wirtschaftlich und

## Globalisierung gestalten – Europa als sozialer Akteur

politisch oft nicht in der Lage, alleine in der Welt erfolgreich zu sein. Ein enger Zusammenschluss der europäischen Staaten ist daher auch zum Erhalt unseres sozialen Standards nur folgerichtig und sinnvoll.

Deshalb haben wir dort, wo es für alle einen Mehrwert gibt, auch gemeinsame Standards gesetzt – etwa beim Arbeitsschutz, in Teilen der Sozialpolitik und im Umweltschutz. Mindeststandards überfordern die weniger leistungsstarken Länder nicht; sie sorgen aber für einen Verbraucherschutz auf höherem Niveau und tragen dazu bei, die Unterschiede zwischen den Mitgliedstaaten zu verringern. Dies fördert den Handel untereinander, steigert die internationale Wettbewerbsfähigkeit und senkt die Abhängigkeit von der Weltwirtschaft. Dem deutschen EU-Nettobeitrag von 7,1 Mrd. Euro steht so ein EU-weiter Handelsbilanzüberschuss von 123 Mrd. Euro gegenüber und mit diesem mehr Einnahmen für die Unternehmen, mehr Arbeitsplätze und mehr Steuereinnahmen. Nur 10% der Wertschöpfung werden außerhalb von EU-Standards auf dem Weltmarkt generiert.

Dabei wurde den sozialen Rechten ein fester Platz eingeräumt. Über die Verträge und die Sozialcharta von 1989 ist die EU auf ein hohes Beschäftigungsniveau, ein hohes Maß an sozialem Schutz sowie den wirtschaftlichen und sozialen Zusammen-

halt verpflichtet. Mit der Verfassung wird dies noch deutlicher und differenzierter festgeschrieben. Damit entwickelt sich die EU nicht nur zu einer politischen Union, sondern vor allem auch zu einer Union der Bürger. Die Stärkung benachteiligter Regionen und Bevölkerungsgruppen wird durch den Sozial- und Strukturfonds sichergestellt.

Auch in der Gesetzgebung hat sich gezeigt, dass die Angst vor zunehmender sozialer Ungerechtigkeit nicht gerechtfertigt ist. So hat das Europäische Parlament die Dienstleistungsrichtlinie, die in ihrer ursprünglichen Version zu sozialen Verwerfungen geführt hätte, in den entscheidenden Punkten abgeändert. Das Arbeitsrecht, die Sozial- und Gesundheitsdienste sowie die Dienste von allgemeinem Interesse sollen nunmehr von der Richtlinie ausgenommen werden. Das Land, in dem eine Dienstleistung erbracht wird, erhält gegenüber dem ausländischen Unternehmen das uneingeschränkte Kontroll- und Überwachungsrecht.

Was wir zur Gestaltung der Zukunft brauchen, ist eine Politik, die den Menschen ehrlich vermittelt, dass bei der Sicherung sozialer Standards offene Märkte gut und wichtig sind. Das europäische Sozialmodell, die Verknüpfung von Wettbewerb und Solidarität, ist unser Weg, Wachstum, Beschäftigung und sozialen Zusammenhalt dauerhaft zu sichern. ■

## **Bandscheibe:**

„Was, wenn bei mir mal etwas vorfällt? Werde ich auch in Zukunft gut behandelt?“

## **Fingergelenk:**

„Entspann dich! Gemeinsam sichern gesetzliche und private Krankenversicherung die medizinische Versorgung. Die Privatpatienten stärken unser Gesundheitssystem, indem sie für viele Leistungen höhere Preise und Arzthonorare zahlen. Dadurch können jedes Jahr mehrere Milliarden Euro\* zusätzlich in fortschrittliche Behandlungsmethoden und moderne Geräte investiert werden.“

\*Ausführliche Informationen zu den Mehrzahlungen der Privatpatienten finden Sie unter [www.fuer-eine-gesunde-zukunft.de/studie](http://www.fuer-eine-gesunde-zukunft.de/studie)



*Mitglied im geschäftsführenden Bundesvorstand des DGB, stellvertretende Bundesvorsitzende der CDA.*

1975 – wir waren Studenten - und die Frage beschäftigte uns, wie die Arbeitswelt humanisiert werden muss. Ich hatte immerhin eine Lehre gemacht und sieben Jahre Erfahrungen in der Arbeitswelt gesammelt, aber meine Kollegen kannten bestenfalls Ferienjobs als SchülerInnen oder Arbeit in den Semesterferien. Dennoch ging es uns darum, mit den Arbeitern und Angestellten die Arbeitswelt zu revolutionieren.

Wir wollten kürzere und flexible Arbeitszeiten, den gleitenden Ausstieg aus der Erwerbsarbeit in die Rente, wir wollten Familie und Beruf lebbar machen, für Kindererziehung ohne (größere) Risiken aus der Erwerbstätigkeit aussteigen und garantiert wieder einsteigen können. Die Beschäftigungsbedingungen mussten auf den Prüfstand. Die Halbgötter in Weiß in den Kliniken sollten runter von ihrem Sockel. Das Pflegepersonal sollte mehr Kompetenzen, Verantwortung und Mitsprache bei der Arbeitszeitgestaltung bekommen, Hierarchien sollten abgebaut werden. Rücksicht auf die Bedürfnisse von PatientInnen war gefragt.

## 60 Jahre CDA – ein persönlicher Rückblick auf 30 Jahre

Und überhaupt, Arbeiter und Akademiker mussten sich zusammensetzen, um diese Welt zu verändern. Der Spontispruch „Gerechtigkeit ist machbar, Herr Nachbar“ war zwar nicht unbedingt das Motto unserer Initiativen, aber dass Arbeitsbedingungen von Menschen gemacht, also auch veränderbar sind, davon waren wir überzeugt. Eine Veranstaltung zur Humanisierung der Arbeitswelt, organisiert von uns Neumitgliedern in der CDA, sollte nach innen in die Partei wirken und nach außen. In der Partei mahnten wir eine Streitkultur an. Der Kompromiss sollte am Ende stehen.

Was hatte uns – alle im JU-Alter – dazu gebracht, in die CDA einzutreten? Eine anspruchsvolle Veranstaltung mit der Philosophisch-Theologischen Hochschule St. Georgen in Frankfurt am Main zum Thema „Pluralisierung“, damals noch mit Oswald von Nell-Breuning. Dazu gehörte auch die Entdeckung der Katholischen Soziallehre, ein Klima der Offenheit, der Bereitschaft über den Tellerrand der Anforderungen des politischen Alltags hinaus zu sehen, Politik an Grundorientierungen und an Werten zu verorten, sich nicht von Sachzwängen knebeln zu lassen, Visionen zu entwickeln. Das alles fanden wir zum Teil schon als Forderungen in dieser Organisation vor oder sie schienen uns möglich in und mit der CDA.

Dazu ein menschenfreundlicher Umgang miteinander, das kollegiale „Du“

unter Mitgliedern, seien sie Männer und Frauen im Blaumann und im Kittel oder Minister und Generalsekretäre. Natürlich war die CDA damals nicht frei von Klüngel und Deals, in einigen Landesverbänden mehr, in anderen weniger – und das gilt bis heute. Es überwog und überwiegt aber der kollegiale Umgang, nicht nur das. Christlich-sozial zu sein war keine Sprechblase.

Lutz Esser, langjähriger Schriftleiter der „Sozialen Ordnung“ und kreativer Kopf, stellte diese Rückbindung an Grundsätze immer wieder her in Programmen, die oft in Kneipen entstanden. Unter die Leute gemischt und im Gespräch mit Menschen, die gerade vorbeikamen, brachte er neue Ideen zu Papier und diskutierte sie gleich mit den Adressaten der Politik, den Kneipenbesuchern. Christlich-sozial hieß auch Hilfe für Kolleginnen und Kollegen in persönlichen Notlagen, auch solche, in die sich diejenigen durch eigenes Verschulden gebracht hatten. Das war Markenzeichen meiner, der hessischen CDA.

Als junge Menschen hatten wir auch manches zu lernen, was die Älteren, meist nicht akademisch Gebildeten, nämlich Betriebsräte und manche Parlamentarier drauf hatten. Dass es nicht genügt, einen Beschluss zu fassen, der die Welt revolutionieren soll und ihn der Presse zu verkaufen. Dies war mit Hilfe der „Frankfurter Rundschau“ nicht so schwer. Aber wie

konnte man in der Partei und in den Parlamenten Mehrheiten gewinnen für das, wovon man überzeugt war?

Auf Kreisparteitagen die „reine Lehre“ zu vertreten, war schon mühsam genug und oft nicht erfolgreich. Und es war schwierig, auch nur einen Fuß in die Tür der parlamentarischen Gremien zu bekommen. Die Mühen der Ebene hatten wir unterschätzt. Die Kunst, Menschen für Überzeugungen und Konzepte zu gewinnen, beherrschten die Älteren besser. Was uns Jungen als faule Kompromisse erschien, war die hohe Kunst der Politik.

Unvergessen meine erste CDA-Bundestagung in Hannover 1977. Kampfkandidatur von Norbert Blüm gegen Hans Katzer, klar, dass ich für Blüm war. Aber es war auch spannend, mit all denen diskutieren zu können, die man aus den Medien kannte. Und es war die Atmosphäre auf der Tagung: kämpferisch, selbstbewusst, fortschrittlich, optimistisch, menschenfreundlich. Unvergessen auch die Krefelder Bundestagung 1979 mit den Beschlüssen zur Zukunft der Arbeit – vieles davon ist noch unerledigt.

Für die Frauenpolitikerinnen war ohne Zweifel die Mannheimer Bundestagung 1981 zur „Sanften Macht der Familie“ ein historisches Datum. Gut gemeint, mit wichtigen Impulsen, aber in einem aufgeheizten Klima diskutiert, mit einer frauen- und familienpolitisch eher traditionell positionierten CDA, die noch nicht reif war für eine nüchterne, sachliche und unvoreingenommene Sicht auf die Lage der Frauen. Der Streit um den Programmsatz „Mutterarbeit ist mehr als Erwerbsarbeit“ verbaute

die Auseinandersetzung mit vielen fortschrittlichen Ansätzen, die vor uns noch keiner so ausgesprochen hatte.

Die Wahlfreiheit für Familie und/oder Beruf wurde zwar postuliert, aber Frauen, die sich für den Beruf entschieden und keine Kinder (oder auch keinen Partner) hatten, sahen sich zum Teil recht unfein von älteren Kollegen argumentativ unter der Gürtellinie getroffen. Mütter wurden gegen Nichtmütter ausgespielt. Trotzdem hat dann die CDA als erste Vereinigung in der CDU eine Frauenquote beschlossen. Außerdem wurde die Satzung geschlechtsneutral formuliert, der Frauenanteil in Vorständen und auf Listen systematisch gesteigert und darüber Bilanz gezogen. Mit dem Fall der Mauer lernten wir, dass Magdeburg nicht aus der Welt



*Hans Katzer war 14 Jahre CDA-Vorsitzender. Ingrid Sehrbrocks CDA-Eintritt fiel in diese Zeit.*

ist. Von Königswinter nach Ruhla in Thüringen konnte man an einem Tag fahren, zur Not auch wieder zurück. Ein nie da gewesener Aufbruch in neue Zeiten begann: Es gab Kontakte zu Betrieben und Schulungen von BetriebsrätInnen, CDAler wurden Referenten und Minister in den neuen

Bundesländern. Aber Aufbruch und Ausverkauf lagen nah beieinander.

Westdeutsche Investoren diktierten Bedingungen und übernahmen Teile großer Betriebe nur, wenn die Belegschaft „frauenfrei“ war. Wer hätte das in der alten Bundesrepublik gewagt? Betriebsräte wurden Abwickler des eigenen Betriebs. Gleichwohl überwog bei uns Westdeutschen das Staunen über neue Möglichkeiten, die vielen Kontakte, der Erfahrungs- und Informationsaustausch; das Gefühl, mitten drin zu sein im Buch der Geschichte. Und nicht nur das: Wir schrieben auch an den neuen Seiten kräftig mit.

Mein Verhältnis als CDA-Mitglied zu den Gewerkschaften? 1976 kam ich zur Gewerkschaft Handel Banken Versicherungen (HBV) und fand



*Die Mannheimer Bundestagung 1981 lieferte heiße Debatten um die Emanzipation der Frau.*

den Einstieg in die Arbeit nicht. Denn so richtig interessierte sich niemand für das Neumitglied. Später in der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaften (GEW) schien es mir so, als müsste ich erst beweisen, dass Christdemokraten keine U-Boote in den Gewerkschaften sind, sondern ▶

sich wirklich für die Belange von ArbeitnehmerInnen einsetzen. Als Schulgruppenvorsitzende der GEW und zeitweise Personalratsvorsitzende meiner Schule fand ich mich als „Schwarze“ in einer DGB-Gewerkschaft so richtig zwischen den Stühlen: In der Stadtverordnetenfraktion der CDU war ich eindeutig zu links, in der GEW nicht richtig einzuordnen, aber eher mit Vorsicht zu genießen. Die GEW war klar gegen die CDU positioniert, die CDU in Hessen bildungspolitisch auf zu konservativem Kurs.

Mit dem DGB in Hessen – insbesondere den Frauen – arbeitete ich als ABF-Vorsitzende gerne zusammen, weil ich so den CDA-Männern frauenpolitisch stärker auf die Füße treten konnte. Während die Diskussion von



*Aufbruchsstimmung in Krefeld 1979. Das Thema Arbeit entzündete viele Diskussionen.*

Frauenförderplänen zunächst Lächeln bei den Männern auslöste, wurde es nach und nach selbstverständlicher, dass Frauen besser in Gremien berücksichtigt wurden. Gleichstellung in Betrieben und Behörden verlor das Exotische in der politischen Diskussion und wurde auch von den Kollegen

unterstützt. Andererseits waren die CDA-Frauen in Hessen selbst den GEW-Frauen um Längen voraus, als es um die Frage der Übernahme von Leitungsfunktionen ging, nicht nur in Schulen. Hier hatte mich Irmgard Blättel vom DGB-Bundesvorstand – oder ich sie? – auf die Fährte gesetzt. Die Frauen im DGB wiederum schubsten ihre männlichen Kollegen mit dem Hinweis, dass ja selbst die Frauen in der CDU längst auf Gleichstellungspolitik setzten. Das war ein Grund mehr, denen dann doch ein Stück voraus sein zu müssen.

Im Bundesvorstand des DGB allein „unter Linken“, wie die Berliner Zeitung titelte, das wäre ein eigenes Kapitel wert. Kurz gesagt: Das ernsthafte Bemühen um vernünftige Lösungen für die ArbeitnehmerInnen



*Helmut Kohl und Norbert Blüm kämpften gemeinsam für die Soziale Marktwirtschaft.*

findet man überall, in allen Gewerkschaften und auch in der CDA. Das findet man aber nur heraus, wenn man häufiger miteinander spricht, die Positionen kennen lernt und vor allem die Menschen, die sie vertreten. Regelmäßige Gespräche zwischen CDA und DGB wären für beide Seiten

gut. Wer in den Gremien der CDA und der Gewerkschaften sitzt, findet kaum gravierende Unterschiede bei den Argumenten. Doch die ideologische Prägung macht den Unterschied. Christdemokraten verlangen vom Einzelnen immer Verantwortung ab und fordern sie ein. Das entspricht dem christlichen Menschenbild. Sozialdemokratisch sozialisierte Gewerkschafter verstehen den Appell an die Verantwortung des Einzelnen oft so, als wolle der Staat sich kostengünstig aus der Affäre ziehen. Gemeinsame Ziele von Gewerkschaftern und CDA-Mitgliedern sind ohne Frage die Sicherung von Arbeitnehmerrechten und menschenwürdige Arbeits- und Lebensbedingungen.

Im Jahre 2006, im 60. Jahr der CDA, heißt das für mich: Bequem ist es noch immer nicht zwischen den Stühlen von Partei und Gewerkschaften zu sitzen. Aber ich habe jetzt mehr Übung als in den Siebziger Jahren und mehr Ausdauer. Ich weiß, dass auch viele andere es in dieser Position lange ausgehalten haben und noch aushalten, weil es ihnen wichtig war, CDA-Mitglied und GewerkschafterIn zu sein. Denn für gesetzliche Regelungen braucht man die Parteien, aber im Betrieb geht ohne Gewerkschaften wenig. Schwarze GewerkschafterInnen haben nicht den sozialdemokratischen Stallgeruch und können und wollen ihn auch nicht mehr beibringen. In der CDU galten sie früher als Herz-Jesu Marxisten und heute oft als die Sozialromantiker, die notwendige Veränderungen verkennen. Wer sich dennoch in dieser unbequemen Position in Politik und Gewerkschaften hält, muss ÜberzeugungstäterIn sein. ■

## Stiftung Christlich-Soziale Politik e.V.

Bildung ist eine wichtige Voraussetzung für die Teilhabe und Mitwirkung auf allen Ebenen des öffentlichen Lebens. Seit jeher ist Bildung ein zentrales Anliegen der Christlich-Sozialen. Fundament für den Bildungsansatz ist die Gestaltung von Arbeitswelt, Wirtschaft und Gesellschaft nach christlich-sozialen Ordnungsvorstellungen.

Bis 1977 diente das Adam-Stegerwald-Haus in Königswinter den Sozialausschüssen der CDA als Bildungsstätte. Das ehemalige Bildungshaus der Christlichen Gewerkschaften war 1948 der CDA zurückgegeben worden. Trägerverein des Hauses war der Verein Arbeiterwohl, der später in Jakob-Kaiser-Stiftung umbenannt wurde.

Nach Konflikten und Querelen in den Jahren 1977/78 entstand die Idee zur Gründung einer neuen Stiftung. Am 13. April 1978 wurde die Stiftung Christlich-Soziale Politik e.V. gegründet. Erster Vorsitzender laut Gründungsprotokoll: Dr. Norbert Blüm.

Die Leitidee für die Gründung und den Aufbau der Stiftung Christlich-Soziale Politik e. V. war die Schaffung einer unabhängigen christlich-sozialen Bildungsarbeit. Die Stiftung sollte einen Beitrag zur Gestaltung der sozialpolitischen Landschaft nach christlich-sozialen Grundsätzen und Ideen leisten. In Umsetzung dieser Grundidee gründete die Stiftung das

„Zentrum für Arbeitnehmerbildung“ (ZAK). Gemäß Weiterbildungsgesetz Nordrhein-Westfalen hat es als „Heimvolkshochschule und Bildungswerk“ eine eigene Satzung. Gleichzeitig begann man mit der Planung zum Bau eines Bildungshauses. Dieses Bildungshaus wurde am 1. Oktober 1996 im Beisein von Bundeskanzler Dr. Helmut Kohl und Prominenten aus Politik, Wirtschaft und Gewerkschaften förmlich eröffnet. Unsere Bildungsstätte, das Arbeitnehmer-Zentrum Königswinter (AZK), feiert am 30. September d. J. den 20. Jahrestag seiner Eröffnung. Es ist das Haus der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, das Haus der Christlich-Sozialen, unabhängig und eigenständig.

Tausende von Teilnehmern haben in diesen Jahren die Programme und die Gastfreundschaft des Hauses angenommen. Insofern ist dieses Haus für die Vermittlung des Bildungsauftrags der Stiftung Christlich-Soziale Politik eine Grundvoraussetzung.

Mit Informationen, Schulungen, Beratung und Forschung hat die Stiftung bis heute auf vielfältige Weise die politische Bildung der Arbeitnehmerschaft gefördert. Aus der großen Resonanz zu unserer Arbeit wissen wir, dass wir die Bereitschaft vieler Menschen zu politischer Mitarbeit geweckt und ihre Motivation und ihr Engagement für gesellschaftliche Aufgaben unterstützt haben. In den vergangenen Jahren haben



*Vorsitzender der Stiftung Christlich-Soziale Politik, Minister a.D., CDA-Bundesvorsitzender von 1993 – 1994.*

viele Kolleginnen und Kollegen den Aufbau und die Weiterentwicklung von Stiftung und Haus geprägt. Es würde zu weit führen, alle zu nennen. Einen möchte ich jedoch nennen, der all die Jahrzehnte bis heute „an Bord“ ist: Heinz Soénius. Seit 1981 als Schatzmeister, als stellv. Vorsitzender und dann vom 1985 bis 1996 21 Jahre Vorsitzender der Stiftung.

Stellvertretend für alle, die auch eine Erwähnung verdient hätten, möchte ich ihm für seine Arbeit danken. Haus und Stiftung wollen auch in Zukunft ihre eigenständigen und unabhängigen Beiträge für die Anliegen von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern leisten. Zur Mitarbeit sind alle eingeladen! ■



Berliner Senator a.D., CDA-Bundesvorsitzender von 1987 – 1993.

Das große demografisch bedingte Problem des 21. Jahrhunderts ist die Versorgung der wachsenden Zahl älterer Menschen mit sozialen Diensten. Die Probleme in diesem Bereich sind schwieriger zu lösen als im Bereich „Rente“. Denn hier geht es eben nicht nur um Finanzausweisungen. Es geht um die Zeit und die Zuwendung von Menschen für ihre Mitmenschen.

Ältere Menschen brauchen Zuspruch und Rückhalt, Geborgenheit, Wärme, Sympathie, Mitgefühl. Das alles kann man von Staats wegen nicht verordnen. Aber man kann Bedingungen schaffen, die dem zuträglich sind. Dazu gehört, sich daran zu erinnern, dass hinter jeder Geldwirtschaft noch immer eine Ökonomie der Zeit steckt. Gerade soziale Beziehungen beruhen darauf, dass wir mehr Zeit füreinander aufbringen. Und dies kommt auch beim Knüpfen sozialer Netze zum Tragen: Mit Geldausweisungen allein ist es nicht getan.

Heute, wo im Zuge einer weit vorangetriebenen Individualisierung auch

## Ein neuer Generationenvertrag

der Familienzusammenhalt und die patriarchalische Rollenverteilung brüchig geworden sind, tritt diese Wahrheit, die weitgehend in Vergessenheit geraten schien, wieder hervor. So wie wir selbst nicht nur Geld, sondern auch Zeit brauchen, müssen wir auch für andere nicht nur Geld, sondern auch Zeit aufbringen. Über ein Fünftel des Einkommens muss künftig für die Altersrente abgezweigt werden. Müssten die Jüngeren nicht auch ein Fünftel ihrer Zeit für die Älteren aufbringen? Es besteht eine Sozialpflichtigkeit des Eigentums und der Einkommen; ebenso besteht eine Sozialpflichtigkeit der Zeit. Der Generationenvertrag muss erweitert werden um die Dimension der Erbringung sozialer Dienste – für Angehörige ebenso wie für Nichtangehörige.

In der Arbeitswelt hat man den Zusammenhang von Zeit und Geld längst erkannt. Der Produktivitätsfortschritt wird grundsätzlich in Form von höheren Löhnen und Gehältern und in Form von mehr Freizeit verteilt. Es gibt nicht nur eine entfaltete Lohnpolitik, sondern ebenso eine entfaltete Arbeitszeitpolitik. Entsprechend ist volkswirtschaftlich nicht nur eine bestimmte Einkommensverteilung vorhanden, sondern auch eine bestimmte Zeitverteilung.

So wie es Menschen gibt, die immer knapp bei Kasse sind, gibt es auch Menschen, die nie genügend Zeit haben. Da wir unsere Zeit für Geld

verkaufen, spitzt sich das Dilemma zu: Der Gutverdiener leidet unter Zeit- und Beziehungsarmut und die, die ihr Leben sozial widmen, verdienen kein Geld oder zu wenig. Hierin liegt die sozialpolitische Herausforderung. Unsere Arbeitswelt und unsere Lebenswelt sind immer noch starr und auf sich selbst zentriert, dass den meisten Menschen eine sinnvolle und gerechte Geld-Zeit-Balance nicht möglich ist.

Die Tarifpartner müssen erkennen, dass Arbeitszeit und Freizeit nicht alles im Leben sind. Schon immer gab es zwischen beiden eine dritte Zeit – die Sozialzeit, also die Zeit, in der man für andere Menschen, für den Dienst am Nächsten da ist. Ein hoher Stellenwert der Sozialarbeit ist ein grundlegendes Moment im neuen Generationenvertrag und überhaupt beim Neuknüpfen der sozialen Netze, der Entfaltung einer neuen Kultur des Helfens.

Im familiären Haushalt, für Angehörige ist die Sozialarbeit noch am selbstverständlichsten; für Angehörige, die entfernt wohnen schon etwas weniger. Auch für Freunde und gute Nachbarn ist man bereit, ein gewisses Maß an Hilfsbereitschaft aufzubringen. Aber die Mitbürger, die einem fremd sind, sind auch meistens weit entfernt von unserem sozialen Gesichtsfeld und Aktionsradius. Es besteht also, von der Einzelperson her betrachtet, ein Gefälle des sich Angesprochenfühlens und somit auch der Motivation, sich praktisch zu engagieren. ■



## Sozialpolitik – Das Tafelsilber der Union

Stärker als alle anderen Parteien zusammen hat die Union nach 1945 den Sozialstaat in Deutschland aufgebaut und gestaltet. Alle großen sozial- und gesellschaftspolitischen Gesetze der Bundesrepublik Deutschland tragen die Unterschriften der Bundeskanzler Konrad Adenauer, Kurt-Georg Kiesinger oder Helmut Kohl. Die sozialpolitische Bilanz der Union ist um Klassen besser als es viele – auch in den eigenen Reihen – wissen oder wissen wollen.

Eine engagierte Sozial- und Gesellschaftspolitik gehört zum Wesenskern, zur Identität einer Union, die das „C“ in ihrem Namen ernst nimmt. Das gilt heute, im Zeitalter der Globalisierung, ganz besonders. Denn noch nie hatten so viele Menschen Angst vor Arbeitslosigkeit, vor Ausschluss aus der Gesellschaft, vor sozialem Abstieg.

Die große sozialpolitische Tradition der Union gehört zu unserem wertvollsten politischen Tafelsilber. Wer da von einer angeblichen Sozialdemokratisierung der Union schwadroniert, hat nichts verstanden. Die große Aufgabe der nächsten Jahre ist es, eine christlich-soziale Reformperspektive zu eröffnen, die den Ausgegrenzten und Schwachen neue Chancen gibt, die Leistung fordert und fördert, und die den Sozialstaat wetterfest macht.

Die jetzt beginnenden Beratungen der CDU für ein neues Grundsatz-

programm bieten eine große Chance, eine solche wertorientierte Reformperspektive zu erarbeiten. Dabei geht es nicht um eine neue Definition unseres Menschenbildes oder der Grundwerte, diese verändern sich nicht alle paar Jahre, aber die Aufgaben und Herausforderungen haben sich seit den 90er Jahren verändert.

Deshalb muss die Diskussion des neuen Grundsatzprogramms Antworten auf folgende Fragen geben:

- › Was ist unsere Identität als Christliche Demokraten – und was unterscheidet uns von anderen?
- › Wie gestalten wir aus den drei Grundwerten Freiheit, Solidarität und Gerechtigkeit, die gleich wichtig sind, praktische Politik?
- › Wie sichern wir die Freiheit des Einzelnen und gleichzeitig den Zusammenhalt unserer Gesellschaft?
- › Wie werden wir mit der demografischen Entwicklung fertig und wie nutzen wir verstärkt die Fähigkeiten und das Können der Älteren?
- › Wie stärken wir politisch, sozial und kulturell die Familien?
- › Wie kommen wir von der nationalen zur internationalen Sozialen Marktwirtschaft?
- › Wie nehmen wir unsere internationale Verantwortung künftig wahr, wohl wissend, dass es keine Insel der



CDA-Vorsitzender 2001 – 2004.

Seeligen in einer Welt von Umweltkatastrophen, Krieg, Hunger und Diktaturen gibt?

Auf diese Fragen muss das neue Grundsatzprogramm der Union wertgebundene Antworten geben. Das ist nicht nur eine schwere Aufgabe, sondern auch eine große Chance. Ich bin ganz sicher, dass der Hunger nach einer wertgebundenen und zukunftsfähigen Politik in unserem Lande größer ist, als es uns oft selbst klar ist. Deshalb sollten wir, sollte die CDA, sollte die ganze Union den Diskussionsprozess um das neue Grundsatzprogramm als eine große Chance begreifen, auch in der Zeit der großen Koalition die eigene Identität deutlich zu machen und die Attraktivität der CDU zu stärken.

Hier liegt ein wichtiger, vielleicht sogar der entscheidende Schlüssel für die künftige Mehrheitsfähigkeit der Christlich Demokratischen Union. ■



Parlamentarischer Staatssekretär a.D.

Sie stehen so einträchtig beieinander auf der Einladung zur Feier „60 Jahre CDA“ – Karl Arnold und Konrad Adenauer, Josef Gockeln und Jakob Kaiser. Bilder aber können trügen. Die beiden Düsseldorfer jedenfalls, der eine Ministerpräsident, der andere Landtagspräsident, hatten ihre schon in der Weimarer Republik begründete persönliche Rivalität selbst über das „Tausendjährige Reich“ hinweg gerettet, was den „Alten“ versuchen ließ, den einen gegen den anderen ins Spiel zu bringen. Die Christlich-Sozialen legten trotzdem die Grundsteine für den Sozialstaat. Zum Menscheln kamen handfeste Konflikte. So konnten sich die Spitzen von CDA und KAB weder über die Zweckbestimmung des Adam-Stegerwald-Hauses in Königswinter noch über die Rolle der „CDU-Sozialausschüsse“ verständigen. Darob war die Spitze der CDA so verärgert, dass der Verbandspräsident Hermann-Joseph Schmitt den Verein „Arbeiterwohl“ (jetzt Jakob-Kaiser-Stiftung), den er mit Johannes Albers gegründet hatte, unter Protest verließ. Der Vorsitzende Josef Gockeln rief die Mitglieder des Verbandes zum Boykott

## Geschichte wiederholt sich nicht, Geschichten schon – ein Querdenker erinnert sich

der 1. Reichstagung der CDU-Sozialausschüsse 1947 in Herne auf. Schließlich ließ die Gründung der Christlichen Gewerkschaften die Beziehungen zwischen beiden Verbänden vollends erkalten. So lernte ich uns kennen: Sprachlos die Spitzen.

Die Sprachlosigkeit schrie nach Abhilfe. Den Weg aus der Misere wies Jakob Kaiser. Unter Einschluss aller Verbände, auch der Christlichen Gewerkschaften, aber unter Ausschluss der Gewerkschaftsfrage, sollten sich die Christlich-Sozialen zu einem Kongress finden, der das Trennende hintan-, das Gemeinsame voranstellte. Im Kettlerhaus der KAB stieß Jakob Kaiser auf Zustimmung. Die Zaudernden wurden geschubst und der 1. Christlich-Soziale Arbeitnehmerkongress fand 1959 in Köln statt. Er beendete die Sprachlosigkeit. Er wertete die Christlich-Sozialen auf. Jetzt wollte jeder für den gemeinsamen Auftritt gewesen sein.

1975: Der Parteitag in Hamburg steht an. Auf Drängen der CDA, von Hans Katzer geführt, hatte die CDU in der Mitbestimmungsfrage schon eine lange Wegstrecke hinter sich, aber die Hürde „Parität“ nicht übersprungen. Jetzt kann die CDA erwarten, dass die Partei springt. 14 Tage vor Hamburg entscheiden sich die rheinische wie die westfälisch-lippische CDU auf Parteitagen für die Parität nach CDA-Modell. In Hamburg aber findet die Parität erneut keine Mehrheit. Die Partei beschließt ein Modell knapp unterhalb der Parität. Die CDA ist tief getroffen.

Ihre Führungs zieht sich in die Suite von Hans Katzer im Kongresshotel zurück. Spät nachts klingelt es. In der Tür steht – geschickt oder aus eigenem Antrieb gekommen – Karl Carstens, der Fraktionschef. Er will beschwichtigen. Aber er läßt nur den Frust auf sich.

Hans Katzer hat der CDA Gesicht gegeben. Die Zeit steht jedoch nie still. Die „Neue Soziale Frage“ wird entdeckt. In den Parteien übernehmen Jüngere die Verantwortung. Führungsstile ändern sich. Josef Mick, der mit dem Ruf „Liberalismus ist schlimmer wie Herzinfarkt“ aufgeschreckt hatte, gibt die rheinische CDA ab. 1977 wird Norbert Blüm Bundesvorsitzender. Die Bundestagungen 1979 in Krefeld und 1981 in Mannheim überzeugen in Stil und Inhalt. Die CDA bereitet sich auf Regierungsverantwortung vor. Die Jakob-Kaiser-Stiftung akzeptiert jedoch den Wechsel nicht. Sie verweigert dem Vorsitzenden und dem Schatzmeister die Mitgliedschaft. Das Adam-Stegerwald-Haus ist nicht länger „Unser Haus“. Die CDA richtet eine eigene Stiftung ein – das AZK. Ihr Architekt: Heinz Soénius. 1987 muss die CDA über die Nachfolge von Norbert Blüm entscheiden. Auch Heinz Soénius bewirbt sich. Der Bundesvorstand zieht aber den Mitbewerber vor. Im Konrad-Adenauer-Haus breitet sich Genugtuung aus. Die CDA aber hat an der Entscheidung ziemlich zu schlucken. Norbert Blüm baut den Sozialstaat um. Der ist für die Wiedervereinigung gerüstet. Es hätte einen sorgfältigeren Umgang mit ihm verdient. Der Menschen wegen. ■

## Die CDA braucht Mut

Wir sollten uns angesichts des 60-jährigen Jubiläums der Sozialausschüsse nicht lange mit Gratulationen aufhalten, sondern die Forderungen für die Zukunft formulieren: Die CDA muss endlich Front machen gegen die ewig Gestrigen in unserer eigenen Partei, aber auch bei SPD, FDP und den Grünen, die das jetzige Wirtschaftssystem als sakrosankt und sozusagen naturgesetzlich unänderlich betrachten und die einzig notwendige Veränderung im Abbau des Sozialstaates sehen.

Beide großen Parteien sind bei der letzten Bundestagswahl mit ihrem neoliberalen Kurs gescheitert und die CDU ist nun zum dritten Mal seit 1998 im 30%-Turm gelandet. Mit diesem Wahlergebnis steht für die CDU nichts Geringeres zur Disposition als die strukturelle Mehrheitsfähigkeit als Volkspartei.

Millionen von Menschen haben angesichts eines Wirtschaftssystems, in dem Hiobsbotschaften am Arbeitsmarkt Siegesmeldungen an der Börse bedeuten und der Börsenwert eines Unternehmens umso höher steigt, je mehr Leute wegrationalisiert werden, begründete Angst um ihre Arbeitsplätze und vor der Zukunft.

Die Perspektivlosigkeit ist das schlimmste Defizit, das sich eine Partei leisten kann. Die Globalisierung ist nicht aufzuhalten. Aber sie human zu gestalten mit den Konzepten einer

internationalen sozial-ökonomischen Marktwirtschaft ist das große Zukunftsthema von Millionen. Die Sozialausschüsse müssen klar machen, dass man den Menschen nicht Hoffnung und Zuversicht vermitteln kann, wenn man die Gewerkschaften bekämpfen, den Kündigungsschutz abbauen, den Flächentarifvertrag beschädigen und eine Kopfpauschale einführen will.

Die CDU muss sich befreien von einer rein angebotsorientierten Konjunkturpolitik. Arbeitsplätze entstehen im Wesentlichen nur durch Aufträge und erhöhte Nachfrage und nicht dadurch, dass man den Menschen immer mehr Geld aus der Tasche zieht. Die Shareholder-Value Ökonomie kennt keine Werte jenseits von Angebot und Nachfrage, sie begünstigt Spekulanten und behindert langfristige Investoren.

Die CDA muß Stellung nehmen gegen ein Meinungskartell von Ökonomieprofessoren und Publizisten, die meinen, die menschliche Gesellschaft müsse funktionieren wie DaimlerChrysler und die sich beharrlich weigern anzuerkennen, dass der Markt einen geordneten Wettbewerb braucht, auch global Regeln einzuhalten sind und Lohndumping die Qualität der Arbeit und der Produkte zerstört.

Es ist ein Treppenwitz der Parteigeschichte, dass diejenigen in den



*Bundesminister für Jugend und Familie a.D.,  
ehemaliger Generalsekretär der Christlich  
Demokratischen Union Deutschlands.*

Reihen der CDU, die seit Jahren die angebliche „Sozialdemokratisierung der CDU“ anprangern und mit diesem Argument die CDU-Führung in eine neoliberale und marktradikale Position gedrängt haben, was zu erheblichen Stimmenverlusten geführt hat, nun gerade dadurch dazu geholfen haben, dass die SPD noch einmal vier Jahre weiterregieren kann.

Man kann nicht auf Dauer Solidarität und Partnerschaft in einer Gesellschaft aufs Spiel setzen, ohne dafür irgendwann einen politischen Preis bezahlen zu müssen.

Den Streit für eine internationale sozial-ökologische Marktwirtschaft durchzufechten, verlangt Mut und geistige Präsenz. Dies zu erneuern, wünsche ich der Christlich-Demokratischen Arbeitnehmerschaft. Es entspräche der Tradition der Sozialausschüsse in vielen guten Jahren ihrer 60-jährigen Geschichte. ■

## CDA-Standortbestimmung



*Bundesminister für Arbeit a.D. und CDA-Bundesvorsitzender von 1977 – 1987.*

Das Neue wird vom Neuesten überholt. Alles Beständige verdampft, alles Dauerhafte wird aufgelöst. Die neue Dreifaltigkeit des Neoliberalismus' heißt: „Mobilisierung, Flexibilisierung, Deregulierung“. Lebenslange Arbeitsverhältnisse sind ebenso von gestern wie lebenslange Ehepartnerschaften. „Alles fließt“ und nichts ist fest. Neu muss es sein, wenn etwas gelten soll. Wer etwa in der CDU die Frage stellt, ob vielleicht in der „gestrigen Sozial-

politik“ auch etwas richtig oder gar gut gewesen sei, ist schnell im Museum für politische Altertümlichkeiten.

Doch bitte keine Almosen oder gar Beileidsbesuche bei der Christ-Demokratischen Arbeiterschaft. Unsere Zeit kommt wieder. Die neoliberale Vorhut ist bereits die Nachhut der Entwicklung. Sie haben es nur noch nicht gemerkt. Weltweit ist eine tiefe Sehnsucht nach Orientierung in dem Trubel der Veränderung aufgebrochen. Die Neoliberalen stehen mit leeren Händen da. Das Zeitalter der Schausteller und Finanzjongleure geht zu Ende.

Die Reduzierung des Menschen auf einen Kostenfaktor, die Verwirtschafung der Gesellschaft, die Monetarisierung aller Lebenszüge hält kein Mensch auf Dauer aus. Die schönsten Sachen der Menschen – Liebe, Freundschaft, Großzügigkeit, Anerkennung, Heimat, Nachbarschaft, Kollegialität – sind unbekannte Begriffe im neoliberalen Wörterbuch.

Die neoliberale CDU hat das zweit-schwächste Wahlergebnis ihrer Geschichte eingefahren, und das gegen eine Regierung Schröder, die am Boden lag. So ist das eben: Der Beifall von Arbeitgeberverbänden, den ihnen angeschlossenen Professoren, Lobbyisten und Wirtschaftsredakteuren ist eben noch nicht die Zustimmung der Wähler. Das war eine folgenschwere Verwechslung.

Zur Ironie dieses neoliberalen Selbsterfahrungsexperiments der CDU gehört, dass die, welche penetrant vor der Sozialdemokratisierung der CDU warnten und die Sozialausschüsse meinten, jetzt mit der SPD regieren müssen. Wer nach rechts rückt, wird von links regiert.

Erfahrungen sind Lehrmittel, mit denen man klüger werden kann. Das ist die Chance für eine Politik, die aus den Impulsen der Christlichen Soziallehre gespeist wird.

Der Neoliberalismus war der historische Pendelschlag gegen den kollektivistischen Sozialismus, wie dieser das Gegenstück zum Kapitalismus war. Die Gesellschaft bewegt sich offenbar in Sprüngen, solange sie nicht in der Mitte relative Stabilität erlangt.

In der Mitte zwischen Kapitalismus und Sozialismus ist die Christliche Soziallehre angesiedelt, welche die Irrtümer des Kollektivismus' wie des Individualismus' zu vermeiden sucht. Nie waren die Chancen für die Christliche Soziallehre größer als heute. Über 100 Jahre hatten Kapitalismus und Sozialismus in der Welt Zeit, zu beweisen, was sie können. Sie haben es unter allen möglichen Bedingungen versucht.

Die Schleihs pur des Sozialismus' ist blutgetränkt. Hinter dem Triumphzug des Kapitalismus' humpeln die verelendeten Massen in Afrika, Asien

und Lateinamerika. Die Spaltung in Reich und Arm vertieft sich auch in den westlichen Wohlstandsländern. Der neoliberale Kapitalismus spaltet die Welt. Verzweifelt suchen die Menschen nach einer Ordnung jenseits von Kapitalismus und Sozialismus.

**Ist Veränderung schon alles?**

Was tun? Aussteigen aus dem politischen Festival der Neuigkeiten? Die Kunst der Unterscheidung ist gefragt, und die ist nicht ohne Besinnung zu haben. Was ist gut und soll erhalten werden? Was ist schlecht und muss verändert werden? Unter dem

welche das Proletariat vor der Tür des Staates stehen ließ. Die reaktionäre Obrigkeit musste vom Podest geholt werden, um Demokratie und Sozialstaat die Bahn zu ebnen. Die Sozialversicherung – von der Renten- bis zur Pflegeversicherung – trägt eine christlich-soziale Handschrift.

Immer galt es, Altes durch Neues zu ersetzen. Über 100 Jahre ging der Kampf um Emanzipation und Fortschritt. Aber vielleicht verlangt die Zeitenwende von uns, den Christlich-Sozialen, jetzt nicht nur an der Front der Veränderung zu kämpfen, sondern auch uns im Kampf um die Erhaltung

Stillstand zu Tode. Wofür treten Christ-Soziale ein? Was war gestern richtig und wird es morgen auch noch sein?

**Der Mensch ist Gottes Geschöpf.**

Der Mensch ist nicht Produkt von Menschenhand und empfängt sein Leben nicht als Entwurf von Gen-Programmierern. In der Gottesebenbildlichkeit gründet die Würde des Menschen. Der Mensch ist nicht austauschbar, er hat keinen Preis. Immanuel Kant verteidigte diese christliche Einsicht: „Was einen Preis hat, an dessen Stelle kann auch etwas anderes, als Äquivalent, gesetzt werden; was dagegen über allen Preis erhaben ist, mithin kein Äquivalent verstattet, das hat eine Würde“.

Die Menschenrechte, die immer und überall gelten, sind nicht staatlich zugeteilt, sondern gottgegeben. Menschenrechte sind unbezahlbar. Es gibt auf der ganzen Welt keine denkbare Rechtfertigung, Menschen zu entwürdigen und zu foltern.

Das ist nicht so erbaulich wie es klingt, sondern von einer scharfen Konsequenz, die sich ebenso gegen Bush (Guantanamo) und Putin (Tschetschenien) richtet.

**Die Welt ist Gottes Schöpfung.**

Es ist uns nicht freigestellt, Gottes Schöpfung zu ruinieren. Die Erde ist uns anvertraut. Die Sorge um ihre Erhaltung übertrifft unsere Lebenszeit. Wir stehen in Pflichten auch für nachfolgende Generationen. Die Schöpfung ist nicht der Schuttblendeplatz eines rücksichtslosen Fortschritts. ▶



CDA-Chef und Ministerpräsident von Nordrhein-Westfalen: Karl Arnold (li.)



Norbert Blüm fand große Fußstapfen vor und hinterließ auch solche als CDA-Chef.

Dach der Reformer versammeln sich vornehmlich Leute, die nach Veränderung verlangen. Gibt es eigentlich auch Verteidiger des Bewahrenswerten?

Als Teil der Arbeiterbewegung ist die Christlich-Demokratische Arbeitnehmerschaft über Generationen geübt, den Fortschritt in der Veränderung zu suchen. Es galt, die Privilegien einer bürgerlichen Gesellschaft abzubauen,

des Erhaltenswerten zu engagieren. Erhalten wird zur neuen Mutprobe. Das ist ungewohnt. Darauf sind wir nicht ausreichend vorbereitet, zumal die Veränderung mehr Glanz abstrahlt als die Erhaltung.

In den Turbulenzen der Zeitenwende den Sinn für das Erhaltenswerte zu bewahren, ist konservativ im besten Sinne. Wir rennen uns sonst wie die Ratten in der Trommel im rasenden

Wenn der Energieverbrauch der Menschheit pro Kopf so hoch wird, wie er in der westlichen Zivilisation zur Sicherung unseres Wohlstandes eingesetzt wird, geht der Menschheit die Luft zum Atmen aus. China meldet monatlich neue Verseuchungskatastrophen. Jährlich verunglücken 6.000 Bergleute tödlich in chinesischen Bergwerken. Der neoliberal bewunderte wirtschaftliche Aufstieg Chinas ist kein Vorbild für die Zukunft der Menschheit, so wenig wie ein westliches Modell, das nur „Mehr – Höher – Weiter“ kennt.

### Die Arbeit ist Auftrag Gottes

Gott ist der eigentliche Arbeitgeber, alle anderen sind nur Filialleiter. „Macht Euch die Erde untertan“ ist der erste Arbeitsvertrag. Dieser Arbeitsvertrag ist das Angebot zur Teilhabe an der Schöpfung. Dieses Angebot gilt allen Menschen. Arbeitslosigkeit widerspricht dem Teilhaberecht an der Schöpfungsordnung.

Die Christliche Soziallehre hat immer am Vorrang der Arbeit vor dem Kapital festgehalten. Das Kapital ist nur Instrument des Produktionsprozesses, die Arbeit aber seine Wirkursache. Die Bedeutung der Arbeit geht über das Wirtschaftliche hinaus. Mit der Arbeit produziert der Mensch nicht nur Güter, sondern in der Arbeit verwirklicht er auch sein Wesen. Die kapitalistische Wirtschaftsordnung stellt die Hierarchie der Werte auf den Kopf. Johannes Paul II. hat dies als Irrtum des Ökonomismus' geißelt (laborem et exercens).

Eine Wirtschaftsordnung, welche die Arbeit lediglich als Produktionsmittel

behandelt, verletzt die Würde des Menschen. Das spekulative Finanzkapital umkreist den Erdball ohne Beziehung zur Wertschöpfung und realen Gütern, getrieben lediglich von spekulativem Gewinn. Die Gewinnchancen sind offenbar um so größer, je mehr Arbeitnehmer entlassen werden. Eine Wirtschaftsordnung, die Entlassungen regelmäßig mit Gewinnsteigerung prämiert, ist ein Schlag ins Gesicht jeglicher Vernunft, die sich auf Humanität beruft. Sie wird keinen Bestand haben.

Kaufpreis: Ball paradox. Vodafone kauft Mannesmann. Bezahlt haben die Mannesmann-Aktionäre mit Hilfe des Aktienaustauschtricks, bei dem Vodafone mit Aktien um sich geworfen hat wie mit „Kamellen“. Nach der Transaktion haben die neuen Herren Kasse gemacht und fletierte Teile von Mannesmann verkauft. Arbeiter wurden bewegt wie Figuren im Mensch-ärger-Dich-nicht-Spiel. In dieser Wirtschaftsordnung geht jede Anerkennung, auf die Menschen angewiesen sind, verloren.



*Jakob Kaiser, Minister für Gesamtdeutsche Fragen und CDA-Chef, spricht vor Flüchtlingen.*



*Kanzler Konrad Adenauer stellt den Alliierten sein Kabinett vor, in der Mitte Jakob Kaiser.*

Weltwirtschaft, die als eine globale Olympiade organisiert ist, in der der Billigste die Goldmedaille gewinnt, ruiniert sich selber, denn auf die Spitze getrieben gibt es niemanden mehr, der die Güter kaufen kann, die so billig produziert werden. Firmen werden verkauft, gekauft, fusioniert, fletiert.

Firmen werden auf Kredit gekauft, und die Gekauften zahlen die Schulden ab. Der Gekaufte also zahlt den

Im Zirkus Global ruft der Dompteur: „Standortverlagerung“, und wie auf Peitschenhieb geben die Gewerkschaften Pfötchen, und die Arbeiter kuschen.

Der Prototyp des flexiblen Arbeitnehmers ist der Tagelöhner: jederzeit einsetzbar, immer abrufbar, aber heimatlos und einsam ohne Ehe und Familie. Schon aus der Bibel wissen wir, dass die Tagelöhner schutzloser waren als die Sklaven, denn deren

Arbeitskraft musste erhalten werden, die der Tagelöhner nur in der Zeit, in der sie gebraucht wurden. Maschinen muss man noch warten und pflegen. Tagelöhner nicht. Sie sind nur während der „Laufzeit“ wertvoll. Befristete Arbeitsverhältnisse, kapazitätsorientierte Arbeitszeit, Arbeit ohne Kündigungsschutz entsprechen einer Gesamtstrategie, die zurück zu den Job-Nomaden führt. So schwinden Fürsorge und Treuepflichten aus dem Arbeitsleben. Den Rest besorgt der Staat.

Die neoliberalen Entstaatlicher produzieren entgegen ihren lautstarken Worten mehr Staat. Nicht jeder, der Herr sagt, kommt ins Himmelreich, und nicht jeder, der Wohlstand sagt, meint auch den der anderen.

### Eigentum für alle

Die Güter dieser Erde sind für alle da. Das ist der unumstößliche Satz des primären Naturrechts. Das Privateigentum erscheint bei Thomas von

Aquin erst auf der sekundären Ebene des Naturrechts, und es rechtfertigt sich erst dadurch, dass es besser geeignet ist, das allgemeine Nutzungsrecht der Erdgüter sicherzustellen. Wenn jedoch der große Teil der Menschheit nichts hat und wenige alles, verliert das Privateigentum seine naturrechtliche Legitimation.

358 Milliarden, welche die Hälfte des Weltvermögens besitzen, sind ein gefährlicherer Angriff auf die Institution des Privateigentums als ihn Karl Marx je zustande gebracht hat. Die Systemüberwinder haben sich unbemerkt in den Börsen der Welt eingemischt.

### Gerechtigkeit

Die Christliche Soziallehre ist kein Feuilleton für neoliberale Essayisten und schönredende Lobbyisten. Die Christliche Soziallehre gründet auf einer normativen Prinzipienordnung. Gerechtigkeit ist ein Zentralbegriff der Christlichen Soziallehre.

Sie weist den Prinzipien ihren Platz an. Auch die Freiheit bleibt ihr untergeordnet. Es lässt sich eine Freiheit ohne Gerechtigkeit denken. Im Tierreich funktioniert es so. Der große Fisch frisst den kleinen. Gerechtigkeit ohne Freiheit ist jedoch nicht denkbar, weil Gerechtigkeit ohne Freiheit eine Form der Unterdrückung wäre, der die personale Verantwortung des Menschen widerspricht.

Gerechtigkeit ist weder neu noch alt. Auch durch „mehr Freiheit“ wird die Gerechtigkeit auch nicht „neu“. Was also wollen die CDU-Begriffsjongleure mit „Neuer Gerechtigkeit durch mehr Freiheit“?

Als naturrechtliches Prinzip bietet Gerechtigkeit zwar keine Detaillösung an, aber normative Imperative. „Jedem das Seine“ ist ein Appell, den die Christliche Soziallehre aus der klassischen Philosophie übernommen hat. Was „das Seine“ sei, ist freilich von dem Menschenbild abhängig, welches gelten soll. „Das Seine“ in ▶

## Für Berufe mit Zukunft!

Wir gratulieren zu **60 Jahren** christlich-sozialer Politik!

Profitieren Sie auf dem Arbeitsmarkt mit Ihrer Aus- oder Weiterbildung an unseren

- » 17 Standorten
- » in 5 Bundesländern
- » mit über 60 verschiedenen Aus- und Weiterbildungen im Gesundheits- und Sozialwesen!

**IWK**

Schulen für Zukunftsberufe  
im Gesundheits- und Sozialwesen

einer kollektivistischen Anthropologie sieht eben anders aus als in einer individualistischen und noch anders im christlichen Menschenbild, welches das individuelle und das soziale Wesen des Menschen zur Personalität integriert.

So viel ist jedoch gesicherte Auffassung der christlichen Anthropologie Der Mensch ist ambivalent – wesensgleich und individuell differenziert. Die menschliche Gesellschaft versammelt in sich Gleiches wie Unterschiedliches.

Die Gerechtigkeit empfiehlt, „Gleiches gleich“ und „Ungleiches ungleich“ zu behandeln. Auf den ersten Blick erscheint diese Aufforderung wie eine Banalität. Als Maßstab angelegt an die Politik der CDU hat dieser Gerechtigkeitsbegriff ein hohes Kritikpotential. Die Kopfpauschale zum Beispiel behandelt Ungleiches gleich. Der Spitzenverdiener wird pauschal wie der Geringverdiener behandelt. Das ist das Wesen einer Pauschale. Pauschal gleich werden Cheffahrer und Chef gefordert.

Der proportionale Nachteil für den Minderbemittelten soll durch staatliche Zuschüsse ausgeglichen werden. Das jedoch widerspricht dem Subsidiaritätsprinzip, weil der Staat für eine Aufgabe zur Hilfe gerufen wird, welche die Sozialversicherung mit proportionalen Beiträgen aus eigener Kraft selbst lösen kann.

Wer ohne Prinzipienorientierung handelt, kommt ins Rutschen wie jeder, der die schiefe Bahn mit Schmierseife an den Sohlen betritt. Dass die Einkommenslage der Steuerpflichtigen

ungleicher ist als dass die Antwort darauf auf einem Bierdeckel untergebracht werden könnte, leuchtet jedem ein, falls er seinen gesunden Menschenverstand nicht verloren hat.

Man muss also gar nicht erst Thomas von Aquin studieren, um die Klugheit der Christlichen Soziallehre zu verstehen. Ein Teil derjenigen – so darf man annehmen – die trotz Schröder der CDU nicht die Stimme gegeben haben, hatten sie möglicherweise besser verstanden als die Delegierten auf dem Leipziger Parteitag. Es gibt ein offenbar angeborenes Gefühl für Gerechtigkeit, und dieses Gefühl hat die neoliberale CDU sträflich verletzt.



*Der Ex-Bundesminister Hans Katzer (li.), Ulf Fink (mi.), DGB-Vize Gustav Fehrenbach.*

Getriebe nicht knirscht. Einen fairen Fußballspieler würde ich noch nicht als gerechten Fußballspieler bezeichnen. Dann würde „Verlässlichkeit“ als zentraler Wert der Gerechtigkeit ausgegeben. Aber Verlässlichkeit ist eine sekundäre Tugend, die selbst der Dieb beherzigen kann.

Um den normativen Zwängen der alten Gerechtigkeit zu entfliehen, wurden neue Wortschöpfungen zu Hilfe gerufen. Verteilungsgerechtigkeit wird offenbar als verkappter Sozialismus empfunden, obwohl die „justitia distributiva“ schon in der Antike bekannt war. Beteiligungsgerechtigkeit soll an ihre Stelle treten.

*Bundestagswahl 1990: Norbert Blüm und Heiner Geißler kommentieren den Sieg.*

Gerechtigkeit – bisweilen hat man den Eindruck, die CDU fürchtet den Begriff wie der Teufel das Weihwasser, wenn sie den Gebrauch des Wortes „Gerechtigkeit“ schon nicht umgehen kann, dann wird versucht, diesen Begriff krampfhaft umzubiegen. Erst wurde Gerechtigkeit mit „Fairness“ übersetzt. Gerechtigkeit ist jedoch kein Verhaltensmuster und auch kein Schmiermittel, das lediglich dafür sorgt, dass das gesellschaftliche

Das Wort erscheint wie ein semantischer Fluchtversuch, mit dem offenbar die Zumutungen der Verteilungsgerechtigkeit entschärft werden sollen. Denn tatsächlich verlangt die Verteilungsgerechtigkeit, dass die einen etwas abgeben, bevor die anderen etwas erhalten. Das setzt auch keine Beteiligungsgerechtigkeit außer Kraft. Ohne Gerechtigkeit funktioniert kein Staat. „Was sind Staaten ohne Gerechtigkeit anderes als große



Räuberbanden?“ wusste schon der Heilige Augustinus.

Es geht in der Gerechtigkeit um drei Dimensionen: Um die Tauschgerechtigkeit zwischen Einzelnen, um die Verteilungsgerechtigkeit, welche die Pflichten der Gemeinschaft gegenüber dem Einzelnen regelt, und um die legale Gerechtigkeit, welche die Pflichten des Einzelnen gegenüber der Gesellschaft bestimmen. Erst in diesem Kosmos von Rechten und Pflichten entfaltet sich die Kraft des christlichen Gerechtigkeitsbegriffs. Was auch immer gescheite Formulierungskünstler und Begriffsakrobaten zur Gerechtigkeit sagen, ganz alt und



1990 besucht Norbert Blüm als Bundesminister die Frankfurter Buchmesse.

dennoch zukunftsträchtig bleibt die Einsicht: Starke Schultern müssen mehr tragen als schwache.

### Eigenverantwortung

Eigenverantwortung, die im christlichen Gerechtigkeitsverständnis eine wichtige Ordnungsfunktion übernimmt, wird in der neuen Debatte sogar gegen Verteilungsgerechtigkeit ins Feld geführt und soll offenbar die

Zuständigkeiten des Gerechtigkeitsprinzips beschränken. Eigenverantwortung ist jedoch nicht der Kontrahent der Gerechtigkeit, sondern Teil einer gerechten Gesellschaft. Bekanntlich weist nicht das Teil dem Ganzen den Platz an. Wohin eine losgelassene Eigenverantwortung führt, konnte jedermann in New Orleans studieren. Die Eigenverantwortlichen stiegen in ihre Wagen, der Rest blieb in den Fluten.

### Sozialpolitik

Eine Sozialpolitik, die immer stärker Steuern und Staat zu Hilfe ruft, provoziert entgegen den Erklärungen



2000 auf dem Parteitag in Essen legt Norbert Blüm alle Parteiämter nieder.

ihrer Promotoren mehr interpersonale Umverteilung als ein auf Beitrag basierendes Sozialversicherungssystem, das dem Äquivalenzprinzip der Tauschgerechtigkeit nahe steht und deshalb eine größere Affinität zur Marktwirtschaft hat als jede steuerfinanzierte Rente oder Krankenversicherung. Ein Steuerfinanzierter Sozialstaat entpuppt sich zu guter Letzt als kollektive Bedürfnisprüfungsanstalt, die ständig feststellen

muss, wer ist reich und wer ist arm. Die beitragsbezogene Sozialversicherung interessiert sich dagegen nur für die Vorleistung des Leistungsberechtigten. Alle Erfahrungen zeigen, dass Sozialsysteme, die mit Steuereinnahmen finanziert werden, anspruchsvoll und manipulationsanfällig sind. Die Leistungsgerechtigkeit hat sich jedenfalls aus ihnen verabschiedet. Beitragsbezogene Sozialsysteme sind ein Instrument solidarischer Selbsthilfe, steuerfinanzierte versorgungsstaatliche Zuweisungen.

Den Sozialstaat von der Arbeit abzukoppeln, könnte sich zur großen Illusionsnummer der Reformer entwickeln. Zu guter Letzt werden nämlich alle Ansprüche aus der Arbeit finanziert. Sie ist die Quelle allen Wohlstands. Das wusste schon Adam Smith, der „Erfinder“ der Marktwirtschaft.

Selbst wenn Arbeitgeber von Beitragspflichten befreit werden, werden sie zwar aus den Zahlpflichten entlassen, aber keineswegs aus den Traglasten. Zahl- und Traglasten sind nämlich zweierlei. Wenn die Arbeitnehmer den Arbeitgeberbeitrag übernehmen müssen, werden sie die höhere Belastung nicht ohne jede Kompensationsversuche in den Lohnverhandlungen hinnehmen. Wohin käme auch eine Volkswirtschaft, in der die Masseneinkommen über Nacht um 20 % sinken?

Bei der Riester-Rente lässt sich studieren, dass die Beitragsbelastung der Arbeitnehmer größer geworden ist, als sie bei der Rentenversicherung geblieben wäre. Arbeitgeber freuen sich zu früh, wenn sie glauben, die Freistellung vom Arbeitgeberbeitrag ►

würde sie auf Dauer entlasten. Der Scheideweg, vor dem sich der Sozialstaat befindet, trennt zwischen einer Sozialpolitik, die sich dem Staat an den Hals wirft und damit von seinen Steuereinnahmen abhängig wird, und einer Sozialpolitik, die Solidarität subsidiär organisiert. Der Pfad der Christlichen Soziallehre weist auf weniger Staat, mehr Sozialversicherung, weniger Gesetzgebung, mehr Selbstverwaltung und mehr Tarifautonomie. Subsidiarität ist eine Form sozialer Eigenverantwortung.

### Eigentumslohn

Die Christliche Soziallehre ist kein Museum angestaubter Relikte vergangener Zeiten.

Die Forderung nach investiver Beteiligung der Arbeitnehmer bleibt eine der großen Zukunftsaufgaben der christlichen Sozialbewegung. Man kann es wenden wie man will: Wenn die Arbeitnehmer beim Verteilungskampf auf den konsumtiven Teil des volkswirtschaftlichen Ergebnisses abgedrängt werden, bleiben sie immer zweiter Sieger.

Das Saatgut kann nicht verfüttert werden. Das Geld für Investitionen muss zurückgelegt werden. Aber wie so werden die Arbeitnehmer nicht an diesen Investitionen beteiligt, die sie mit ihrer Arbeit und Lohnzurückhaltung mit erwirtschaftet haben?

Wenn die Kapitaleseite ihre Dividenden, die Arbeitnehmer den Lohn vom Ergebnis abgezweigt haben, wieso gehört dann das, was übrig bleibt, nur einer Seite? Der gerechte Lohn ist keine Buchhaltergröße. Aber Lohn ohne

Teilhabe an den Investitionen bleibt „ungerechter Lohn“.

Die Mitbeteiligung der Arbeitnehmer an den Investitionen können die Tarifverhandlungen entspannen. Als Ertragsbeteiligung zum Beispiel wird sie nachträglich abgerechnet. Keiner der beiden Seiten muss also fürchten, beim Aushandeln des Standardlohns über den Tisch gezogen zu werden. Wo nichts ist, gibt es auch nachträglich nichts nachzuholen. Wo aber nachträglich mehr ist als geschätzt und vereinbart wurde, wird nachgebessert. Die Ertragsbeteiligung ist also eine vertrauensbildende Maßnahme einer partnerschaftlichen Gesellschaft.

Mit der investiven Beteiligung der Arbeitnehmer würde auch jenes Finanzkapital, das ohne Bezug zur Arbeit Börsenpolitik betreibt, wieder Boden unter die Füße bekommen und an die Arbeit gekoppelt werden.

Die institutionellen Anhänger, als deren Speerspitze die Pensionsfonds gelten, haben schon genug Verwirrung in der Weltwirtschaft angerichtet und ganze Währungen ausgehebelt. Sie unterminieren jede Unternehmenskultur, weil sie von der Hand in den Mund leben und nur am Tageskurs interessiert sind, so dass eine langfristige Unternehmensstrategie keinen Spielraum erhält. Diese Börsenhopper bekämen mit einer breiten Beteiligung der Arbeitnehmer die Luft für ihre Sprünge abgestellt.

Eigentum in Arbeitnehmerhand ist eine wichtige Ergänzung der Sozialversicherung. Kapital und Arbeit darf man nicht einem wildgewordenen Kapitalismus überlassen, denn der Mensch ist wichtiger als jede Sache.

Die große Zeit der Christlich-Sozialen liegt vor uns! (Wenn wir unsere Chancen ergreifen). ■



# Ein verlässlicher Finanzpartner. Gut für den Aufbruch. Gut für Deutschland.



Deutschland nimmt neuen Schwung, um die wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Herausforderungen zu meistern. Die Chancen stehen gut, dass der Aufbruch gelingt. Wichtig ist, dass möglichst viele Menschen den Wandel mittragen. Dazu brauchen sie auch einen Finanzpartner, der ihnen die nötige Sicherheit gibt und ihnen bei der Übernahme von eigener Verantwortung hilft. Sparkassen stehen als leistungsstarke, regional verankerte Kreditinstitute rund 50 Millionen Kunden und drei Viertel aller mittelständischen Unternehmen verlässlich zur Seite. Sie ermutigen Menschen und Unternehmen, den Weg der Veränderungen mitzugehen und die eigenen Möglichkeiten zu nutzen. [www.gut-fuer-deutschland.de](http://www.gut-fuer-deutschland.de)



*Geschäftsführer der Verlagsgesellschaft mbH der CDA.*

Sechzig Jahre Sozialausschüsse in der CDU sind ebenso Anlass zum Rückblick und zur Bestandsaufnahme wie zum Ausblick. Dem soll diese Jubiläumsausgabe der „Sozialen Ordnung“ dienen, an der viele mitgearbeitet haben: Unsere Bundesvorsitzenden, Kolleginnen und Kollegen aus dem christlich-sozialen Umfeld, christlich-soziale Urgesteine, Partner im sozialpolitischen Dialog.

Wir haben bewusst keine Themen vorgegeben für die Autoren dieser „Sozialen Ordnung“ sondern freien Raum gelassen für Bilanz, Tendenz und Anmutung. Allen Autorinnen und Autoren gilt unser Dank – wir verstehen ihre Texte als solidarischen Beitrag zur Programmdiskussion unserer CDA und der Union.

Dieser 60. Geburtstag lässt uns dankbar zurückblicken auf engagierte Kolleginnen und Kollegen, die sich

## 60 Jahre Sozialausschüsse der CDU – Der Mensch im Mittelpunkt

unermüdlich für die Christlich-Soziale Idee eingesetzt haben. Nicht alle Ziele wurden erreicht – erinnert sei nur an die Vermögensbildung in Arbeitnehmerhand – aber ohne die Sozialausschüsse wäre der Weg der CDU zur großen und erfolgreichen Volkspartei ebenso wenig möglich geworden wie die Umsetzung des Verfassungsauftrags unseres Grundgesetzes „Deutschland ist ein demokratischer und sozialer Bundesstaat“. Nach der Diktatur des Dritten Reiches, der Katastrophe des Zweiten Weltkrieges und dem nachfolgenden Zusammenbruch Deutschlands entwickelte sich die Sozialpolitik zu einem konstituierenden Element der Bundesrepublik. Das wurde zur Voraussetzung der breiten Akzeptanz der jungen Republik. Und die Leistungen der Sozialpolitik im Zuge der Deutschen Wiedervereinigung können nicht hoch genug eingeschätzt werden. Mit Stolz, Dankbarkeit und großer Hochachtung dürfen wir feststellen: Die entscheidenden sozialpolitischen Weichenstellungen der Bundesrepublik tragen die Unterschriften von Bundeskanzlern und Arbeitsministern der Union.

Oft war der Weg zu diesen Entscheidungen nicht leicht, im Ergebnis aber war er erfolgreich. Häufig waren die Positionen der Sozialausschüsse umstritten – manchmal wurden sie mit dem Untergang des Vaterlandes in Verbindung gebracht – und doch waren sie meist moderner als viele Positionen der innerparteilichen und außerpar-

teilichen Kritiker. Das gilt auch heute. Natürlich haben wir uns veränderten globalen und demografischen Herausforderungen zu stellen, natürlich gefährdet die Massenarbeitslosigkeit die sozialen Sicherungssysteme. Natürlich brauchen wir Antworten auf gesellschaftliche Erosionsprozesse. Diesen Fragen müssen wir uns stellen: In der Grundwertediskussion in der CDA und in der Grundsatzdiskussion der CDU. „Der Mensch steht im Mittelpunkt“ – das ist unser Ausgangspunkt und unsere Leitlinie.

Das muss auch die Leitlinie der CDU sein, wenn sie mittel- und langfristige Gestaltungschancen haben will. Wenn es der CDU nicht gelingt, die Menschen mitzunehmen auf ihrem inhaltlichen und gestalterischen Weg, dann werden immer weniger Menschen die CDU auf ihrem Weg begleiten. Eine Volkspartei ohne Volk oder kein Wähler für unsere CDU – davor müssen wir die Union schützen. Die Sozialausschüsse sind aber nur dann für die Union eine Hilfe, wenn wir in der Lage sind, eine fundierte Auseinandersetzung in den Sachfragen zu führen und überzeugende personelle Angebote zu bieten. Eine Nagelprobe steht uns bei unserer eigenen Grundwertediskussion ebenso bevor wie bei der Grundsatzprogrammdiskussion der CDU. Da stehen uns wichtige Auseinandersetzungen bevor, die 60 Jahre Geschichte der CDA können uns Kraft und Zuversicht geben, denn leicht war der Weg nie, aber er hat sich gelohnt. ■



Diese Sondernummer der Sozialen Ordnung (SO!) ist unserer Geschichte und unserem Auftrag gewidmet. Die nächste Ausgabe der SO! erscheint im Juli mit den Schwerpunktthemen „Arbeit“ und „Grundwerte“.

**Titelbild:**

Von links nach rechts: Karl Arnold, Konrad Adenauer, Josef Gockeln, Jakob Kaiser.

**Fotohinweise:**

Presse- und Informationsamt der Bundesregierung, CDU, KAS, Bildarchiv des Deutschen Bundestages, Frank Ossenbrink.

## CDA-Mitglieder mit Mandaten und in Ämtern

### Christlich-Demokratische Arbeitnehmerschaft in Berlin

**CDA-Mitglieder im Bundestag:**

Ingo Schmitt

**CDA-Mitglieder im Berliner Abgeordnetenhaus:**

Norbert Atzler

Michael Braun

Frank Henkel

Gregor Hoffmann

Fritz Niedergesäß

Axel Rabbach

Cerstin-Ullrike Richter-Kotowski

Peter Trapp

Kurt Wansner

Nicolas Zimmer

### Christlich-Demokratische Arbeitnehmerschaft in Brandenburg

**CDA-Mitglieder im Brandenburgischen Landtag:**

Monika Schulz

### Christlich-Demokratische Arbeitnehmerschaft in Bremen

**CDA-Mitglieder in der Bundesregierung und im Bundestag:**

Bernd Neumann

**CDA-Mitglieder in der Bremer Bürgerschaft:**

Sandra Ahrens

Michael Bartels

Rainer Bensch

Rolf Herderhorst

Erwin Knäpper

Karl-Uwe Oppermann

Klaus Peters

Bernd Ravens

Helmut Pflugradt

## Christlich-Demokratische Arbeitnehmerschaft in Hamburg

### CDA-Mitglieder im Bundestag:

Antje Blumenthal	Dirk Fischer	Marcus Weinberg
------------------	--------------	-----------------

### CDA-Mitglieder in der Landesregierung:

Birgit Schnieber-Jastram	Dr. Volkmar Schön	Dietrich Wersich
--------------------------	-------------------	------------------

### CDA-Mitglieder in der Hamburger Bürgerschaft:

Wolfgang Beuß	Jörn Frommann	Olaf Ohlsen
Bruno Claussen	Heiko Hecht	Wolfhard Ploog
Lars Dietrich	Klaus-Peter Hesse	Bernd Reinert
Henning Finck	Karen Koop	Frank-Thorsten Schira
Egbert von Frankenberg	Harald Krüger	Elke Thomas
Marino Freistedt	Brigitta Martens	

### CDA-Europaabgeordnete der CDU Hamburg:

Dr. Georg Jarzembowski

## Christlich-Demokratische Arbeitnehmerschaft in Hessen

### CDA-Mitglieder in der Bundesregierung:

Dr. Franz Jung

### CDA-Mitglieder im Bundestag:

Dr. Franz Josef Jung	Bernd Siebert	Gerald Weiß
Dr. Michael Meister		

### CDA-Mitglieder in der Landesregierung:

Norbert Kartmann	Karl Winfried Seif	Karin Wolff
Gerd Krämer		

### CDA-Mitglieder im hessischen Landtag:

Peter Beuth	Roger Lenhart	Helmut Peuser
Alfons Gerling	Dr. Peter Lennert	Mark Weinmeister
Dr. Norbert Herr	Aloys Lenz	Kurt Wiegeler
Norbert Kartmann	Frank Lortz	Karin Wolff
Horst Klee	Petra Müller-Klepper	
Hugo Klein	Anne Oppermann	

### CDA-Europaabgeordnete der CDU Hessen:

Michael Gahler	Thomas Mann	
----------------	-------------	--

## Christlich-Demokratische Arbeitnehmerschaft in Mecklenburg-Vorpommern

### CDA-Mitglieder im Bundestag:

Ulrich Adam

### CDA-Mitglieder im Landtag:

Rainer Prachtl

Wolfgang Riemann

## Christlich-Demokratische Arbeitnehmerschaft in Niedersachsen

### CDA-Mitglieder in der Bundesregierung:

Dr. Ursula von der Leyen

Dr. Hermann Kues

Dr. Friedbert Pflüger

### CDA-Mitglieder im Bundestag:

Monika Brünig

Hartwig Fischer

Reinhard Grindel

Thomas Kossendey

Dr. Hermann Kues

Rita Pawelski

Dr. Friedbert Pflüger

### CDA-Mitglieder in der Landesregierung:

Bernd Busemann

### CDA-Mitglieder im niedersächsischen Landtag:

Norbert Böhlke

Bernd Busemann

Dr. Karl-Ludwig Danwitz

Hermann Eppers

Rudolf Götz

Wilhelm Heidemann

Reinhold Hilbers

Wilhelm Hogrefe

Angelika Jahns

Gabriele Jakob

Karl-Heinz Klare

Gabriela Kohlenberg

Klaus Krumfuß

Editha Lorberg

Dr. Max Matthiesen

Heidemarie Mundlos

Frank Oesterhelweg

Heinz Rolfes

Kurt Schrader

Ulrike Schröder

Regina Seeringer

Britta Siebert

Ulf Thiele

Katrin Trost

### CDA-Europaabgeordnete der CDU Niedersachsen:

Prof. Dr. Hans-Peter Mayer

Prof. Dr. Hans-Gert Pöttering

# Print & More !

Redaktion, Produktion und Distribution aus einer Hand.



Ihr leistungsstarker Spezialist  
rund um Werbung  
und gedruckte Kommunikation.



Ihr medienkompetenter Partner in Bergisch Gladbach

Heider Druck GmbH  
Paffrather Straße 102–116  
51465 Bergisch Gladbach  
Telefon: (0 22 02) 95 40-0  
E-Mail: heider@heider-verlag.de

## Christlich-Demokratische Arbeitnehmerschaft in Nordrhein-Westfalen

### CDA-Mitglieder in der Bundesregierung:

Peter Hintze

### CDA-Mitglieder im Bundestag:

Helmut Brandt  
Dr. Ralf Brauksiepe  
Hubert Deittert  
Ingrid Fischbach  
Hans-Joachim Fuchtel  
Manfred Grund  
Ursula Heinen

Jürgen Herrmann  
Peter Hintze  
Hubert Hüppe  
Norbert Königshofen  
Dr. Norbert Lammert  
Wolfgang Meckelburg

Beatrix Philipp  
Ronald Pofalla  
Karl Schiewerling  
Uwe Schummer  
Elisabeth Winkelmeier-Becker  
Willi Zylajew

### CDA-Mitglieder in der Landesregierung:

Karl-Josef Laumann  
Armin Laschet

Eckhard Uhlenberg  
Prof. Dr. Stefan Winter

Dr. Marion Gierden-Jülich  
Manfred Palmen

### CDA-Mitglieder im Landtag:

Peter Biesenbach  
Alfons-Reimund Billmann  
Peter Brakelmann  
Oskar Burkert  
Rainer Deppe  
Ursula Doppmeier  
Rolf Einmahl  
Marie-Luise Fasse  
Rudolf Henke  
Josef Hovenjürgen  
Werner Jostmeier  
Klaus Kaiser  
Marie-Theres Kastner  
Ilka Keller

Walter Kern  
Hubert Kleff  
Volkmar Klein  
Rita Klöpffer  
Karl Kress  
Theodor Kruse  
Manfred Kuhmichel  
Karl-Josef Laumann  
Gerhard Lorth  
Manfred Luckey  
Manfred Palmen  
Clemens Pick  
Norbert Post

Peter Preuß  
Marc Ratajczak  
Bernhard Recker  
Elke Rühl  
Heinz Sahnen  
Winfried Schittges  
Rolf Seel  
Reinold Sendker  
Michael-Ezzo Solf  
Helmut Stahl  
Bernhard Tenhumberg  
Eckhard Uhlenberg  
Josef Wilp

### CDA-Europaabgeordnete der CDU Nordrhein-Westfalen:

Elmar Brok  
Ruth Hieronymi

Prof. Dr. Horst Posdorf  
Herbert Reul

Dr. Renate Sommer

## Christlich-Demokratische Arbeitnehmerschaft in Rheinland-Pfalz

### CDA-Mitglieder in der Bundesregierung:

Prof. Dr. Maria Böhmer

### CDA-Mitglieder im Bundestag:

Prof. Dr. Maria Böhmer

Peter Rauen

### CDA-Mitglieder im Landtag:

Dr. Adolf Weiland  
Hans-Josef Bracht

Hedi Thelen  
Heinz-Hermann Schnabel

Josef Keller  
Ulla Schmidt



## Christlich-Demokratische Arbeitnehmerschaft in Saarland

### CDA-Mitglieder in der Bundesregierung und im Bundestag:

Peter Altmaier

### CDA-Mitglieder in der Landesregierung:

Peter Müller

Josef Hecken

Annegret Kramp-Karrenbauer

### CDA-Mitglieder im Landtag:

Peter Müller

Anke Heimes

Peter Jacoby

Peter Hans

Günter Heinrich

Annegret Kramp-Karrenbauer

Klaus Meiser

Sabine Hennrich

Karl Rauber

Günther Becker

## Christlich-Demokratische Arbeitnehmerschaft in Sachsen

### CDA-Mitglieder im Deutschen Bundestag:

Robert Hochbaum

Dr. Michael Luther

Maria Michalk

### CDA-Mitglieder in der Landesregierung:

Steffen Flath

Stanislaw Tillich

### CDA-Mitglieder im sächsischen Landtag:

Robert Clemen

Friederike de Haas

Thomas Pietzsch

Thomas Colditz

Dr. Fritz Hähle

Gottfried Teubner

Steffen Flath

Alexander Krauß

Stanislaw Tillich

Helmut Gregert

Frank Kupfer

Dr. Roland Wöllner

Marko Schiemann

### CDA-Mitglieder im Europäischen Parlament: Jürgen Schröder

## Christlich-Demokratische Arbeitnehmerschaft in Schleswig-Holstein

### CDA-Mitglieder im Bundestag:

Ingbert Liebing

Wolfgang Börnsen

Carl-Eduard von Bismarck

### CDA-Mitglieder im Landtag:

Werner Kalinka

## Christlich-Demokratische Arbeitnehmerschaft in Thüringen

### CDA-Mitglieder im Bundestag:

Manfred Grund

### CDA-Mitglieder in der Landesregierung:

Dieter Althaus

Andreas Trautvetter

Dr. Klaus Zeh

### CDA-Mitglieder im Thüringer Landtag:

Dieter Althaus

Siegfried Jaschke

Carola Stauche

Johanna Arenhövel

Eckehard Kölbl

Andreas Trautvetter

Rolf Berend

Christine Lieberknecht

Marion Walsmann

Gustav Bergemann

Michael Panse

Dr. Klaus Zeh

# Ganz leicht bis zu 20 % sparen: Gebäudedienstleistungen aus einer Hand.



Jetzt können Sie gelassen in die Zukunft blicken: Denn WISAG Facility Management bietet Ihnen integrierte Gebäudedienstleistungen, mit denen Sie bis zu 20% Ihrer Betriebskosten sparen können. Mit intelligenten Lösungen schaffen wir Synergien und ermöglichen Ihnen, sich ganz auf Ihr Kerngeschäft zu konzentrieren. Ein persönlicher zentraler Ansprechpartner, eigene geschulte Mitarbeiter und modernste Technik gewährleisten jederzeit erstklassige Dienstleistungsqualität - damit Sie immer einen Grund zum Strahlen haben.

Treten Sie mit uns in Kontakt, wir stehen Ihnen gerne zur Verfügung.

WISAG Facility Management  
Kennedyallee 76  
D-60596 Frankfurt am Main  
Telefon: +49 69 63306-400  
[www.wisag.de](http://www.wisag.de)

Facility Management  
Gebäude- und Betriebstechnik  
Garten- und Landschaftspflege  
Gebäudereinigung Sicherheitsdienste

ComforTables Catering Parkraumbewirtschaftung Consulting & Management  
Projektmanagement und Revitalisierung

**WISAG**   
Facility Management

# Diese aktuellen Werbemittel ...



## ... finden Sie im Internet\*

Und eine Vielzahl weiterer neuer Sympathiewerbemittel der CDA.

\*[www.cda-bund.de/cda-werbemittel](http://www.cda-bund.de/cda-werbemittel)  
[www.dieproduktioner.de/cda-werbemittel](http://www.dieproduktioner.de/cda-werbemittel)

**Informationen und Bestellungen auch unter: Die Produktioner GmbH · Herr Laufenberg  
Galileistraße 218 · 53177 Bonn · Tel. 0228 /95724-0 · Fax -10 · [info@dieproduktioner.de](mailto:info@dieproduktioner.de)**

### IMPRESSUM

#### Herausgeber

CDA Deutschlands  
Oranienburger Str. 65  
10117 Berlin

#### Chefredakteurin

Andrea Resigkeit V.i.S.d.P.

Telefon: 030/308 777 40  
Telefax: 030/308 777 77  
E-mail: [aresigkeit@cda-verlag.de](mailto:aresigkeit@cda-verlag.de)

**Geschäftsführer der  
CDA-Verlagsgesellschaft mbH**  
Josef Zolk

#### Anzeigen & Gestaltung

iconate Gesellschaft für  
Kommunikation und Medien mbH

Telefon: 030/25 79 47 0  
Telefax: 030/25 79 47 29  
E-mail: [anzeigen@iconate.de](mailto:anzeigen@iconate.de)  
Website: [www.iconate.de](http://www.iconate.de)

#### Preis

Abonnement: 25,60 €, der Bezugspreis ist im  
Mitgliedsbeitrag enthalten.  
Derzeit gültige Anzeigen-Preisliste vom 01.  
Januar 2006

#### Druck

Heider Druck GmbH

#### Mitgliederservice

Jessica Willscheid

Telefon: 030/308 777 70  
Telefax: 030/308 777 29  
E-mail: [jwillscheid@cda-bund.de](mailto:jwillscheid@cda-bund.de)

Die Ausgaben erscheinen in unregelmäßigen  
Abständen acht Mal im Jahr. Namensartikel  
geben nicht unbedingt die Meinung der  
Redaktion wieder.

#### Titelbild

NRW-Arbeitsminister und CDA-Chef Karl-Josef  
Laumann, Bundeskanzlerin Angela Merkel und  
NRW-Ministerpräsident Jürgen Rüttgers auf  
der 60-Jahr-Feier der CDA.

## Herzliche Einladung!

„Nur Gerechtigkeit schafft Zukunft!“ Dies ist das Motto der Christlich-Demokratischen Arbeitnehmerschaft. Die Bundestagswahlen haben gezeigt, dass die Menschen ein sozial gerechtes Deutschland wollen. Dafür stehen wir Christlich-Soziale in der CDU.

Helfen Sie uns, dieses Ziel zu erreichen!



### Aufnahmeantrag

der Christlich-Demokratischen  
Arbeitnehmerschaft Deutschlands (CDA)  
Postfach 04 01 49 • 10061 Berlin

#### Ich beantrage die Aufnahme in die CDA:

Name: \_\_\_\_\_

Vorname: \_\_\_\_\_

Straße: \_\_\_\_\_ Haus-Nr.: \_\_\_\_\_

PLZ: \_\_\_\_\_ Wohnort: \_\_\_\_\_

Geb.-Datum: \_\_\_\_\_

Telefon: \_\_\_\_\_

Telefax: \_\_\_\_\_

Mobil: \_\_\_\_\_

E-Mail: \_\_\_\_\_

Betrieb / Verwaltung / Ausbildungsstätte:  
\_\_\_\_\_  
\_\_\_\_\_

CDU-Mitglied:  ja  nein

Als Aufnahme spende zahle ich \_\_\_\_\_ €

\_\_\_\_\_, den \_\_\_\_\_

Unterschrift

#### Bankeinzugsermächtigung:

Wir bitten Sie, die Bankeinzugsermächtigung auszufüllen. Hiermit erkläre ich mich bis auf Widerruf damit einverstanden, dass die CDA-Hauptgeschäftsstelle den von mir zu zahlenden

Monatsbeitrag in Höhe von: \_\_\_\_\_ €

in Worten: \_\_\_\_\_ €

einmal jährlich  zweimal jährlich

von meinem Konto: \_\_\_\_\_

Nr.: \_\_\_\_\_

BLZ: \_\_\_\_\_

bei der: \_\_\_\_\_  
(Geldinstitut, Ort) abbucht.

\_\_\_\_\_, den \_\_\_\_\_

Unterschrift (für Kreditinstitut)

#### Unsere monatlichen Beiträge:

- > Familienbeitrag für Ehepartner und Kinder: 5,10 €
- > Nichtmitglieder der CDU: 4,60 €
- > CDU-Mitglieder: 4,10 €
- > Mitglieder, die das 27. Lebensjahr noch nicht vollendet haben: 2,60 €
- > Auszubildende, Schüler/innen, Studenten/innen, Wehr- und Zivildienstleistende, Arbeitslose und bei besonderen sozialen Härten: 1,10 €

Zuwendungen (Mitgliedsbeiträge und Spenden) an politische Parteien sind steuerlich als Sonderausgaben absetzbar (§ 10 b EStG).